

Bezugspreis:

3 wöchentlich 21.- M., monatlich 7.- M., frei ins Haus, wenn zahlbar. Post- bezug: Monatlich 7.- M., ggf. Post- bezugsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10.50 M., für das übrige Ausland 14.50 M., bei täglich einmal Zustellung 2.50 M. Postbestellungen nehmen an Danzmarkt, Halle, Augsburg, Gießen und die Schweiz. Ein- getragen in die Post-Zeitungs- Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk u. Welt“ erscheint wochent- täglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 7. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis: Die abgesetzte Anzeigenzeile kostet 2.50 M., Feuilletonaufschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist: gedruckt Wort 75 Pf., (gültig für zwei Zeilenbreite), jedes weitere Wort 50 Pf., Stellenangebote und Schlußanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuilletonaufschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte-Anzeigen 2.- M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- strasse 3, abgegeben werden. Schluß: von 9 Uhr (tägl.) bis 5 Uhr abends.

Protest gegen Frankreichs Willkür.

Der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Durch Note vom 6. d. M. hat die französische Regierung meiner Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe, sofort die Städte Frankfurt, Bonn, Koblenz, Trier, Saarbrücken und die Eisenbahnstationen in der neutralen Zone einmarschieren zu lassen, falls die deutschen Besatzungskräfte nicht entsprochen werden. Die französische Regierung hat hinzugefügt, daß die Befehle ihre Ende erreichen werden, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten.

Noch bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Wenn trotzdem kein Blut vergossen worden ist, so ist dies der deutschen Regierung zu verdanken, die zur Vermeidung noch schwereren Unglücks den Befehl gab, dem Einmarsch keinen Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung muß aber gegen das Vorgehen der französischen Armee im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit

höchste Schwere einlegen.

Sie will nicht mit der französischen Regierung darüber rechten, ob eine Verletzung des Wortlauts der Artikel 42 bis 44 des Friedens- vertrages und seiner ergänzenden Bestimmungen überhaupt vor- liegt. Es kann unendlich leicht das Gegenteil des Versäul- ten geschehen sein. Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebiets die Ordnung, die durch Räuber- und Räuberbanden auf- gestellt worden ist, so rasch wie möglich wiederher- zustellen. Eine solche Aktion ist auch wenn sie wegen des Um- fanges der Bewegung unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte aus- geführt werden muß, nichts anderes als

eine polizeiliche Maßnahme.

Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Geschehen auch jetzt noch im Ausland, und insbesondere in Frankreich, nicht klar erkannt wird, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch wie wirtschaftlich erneut auf das schwerste erschüttert. Wenn bei der französischen Regie- rung die Meinung zu herrschen scheint, daß eine derartige Aktion im Ruhrgebiet überhaupt überflüssig gewesen sei, so darf demgegen- über die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Gründen die jetzige deutsche Regierung sich zu einer solchen Aktion entschlossen haben sollte, wenn sie sich nicht in der bittersten Notlage gefühlt hätte. Letzten Endes trägt sie allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen, und sie muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klarer beurteilen kann, als irgendwelche fremden Organe, die sich vielleicht durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung gebildet haben. Sie hätte unverant- wortlich gehandelt, wenn sie länger zugewartet hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Ruhrbewegung im Ruhr- gebiet auch ohne militärische Eingriffe ihr Ende finden würde. Die

Ereignisse haben ihr bisher Recht gegeben.

Überall dort, wo die Truppen hingelangt sind, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen; wo aber in dem Ruhrgebiet die Truppen bisher nicht hingelangen sind, flattert die Flamme des Aufruhrs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Eibertfeld-Regener Bezirk, eine irgendwie nennenswerte Abliefe- rung von Waffen nur in den Orten zu bemerken gewesen, die in den Bereich der Truppen gekommen sind. Die Befürchtungen, die von alliierter Seite geäußert worden sind, daß gerade das Ein- rücken von Truppen die Unruhe verstärken und zur Vernichtung wichtiger gewerblicher Anlagen führen würde, haben sich bisher nicht bestätigt.

Die deutsche Regierung hat nicht anders handeln können, als sie getan hat. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Ruhrgebiet irgendwie eine Bedrohung von Frankreich in sich schließen könnte, ist so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Dem Beifrieden aber wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenzen geordnete Zustände aufrecht erhält.

Deutschseits darf dennoch mit völliger Uebereinstimmung der Standpunkt vertreten werden, daß eine vorsätzliche Ver- letzung des Friedensvertrages, die eine Verantwort- lichkeit der deutschen Regierung im Sinne des Vertrages begrün- den könnte, überhaupt nicht vorliegt. Selbst wenn aber eine solche Verletzung begangen wäre, so würde dadurch der von der französischen Regierung jetzt vorgenommene

militärische Gewaltakt noch nicht gerechtfertigt.

Als sich die alliierten und assoziierten Regierungen in dem Ent- wurf eines Protokolls über die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstandes auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages alle militärischen und anderen Zwangs- maßnahmen vorbehalten wollten, haben die deutschen

Unterhändler darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vor- behalt mit dem Friedensgenuß nicht vereinbar wäre. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben daraufhin in ihrer Note vom 8. Dezember v. J. anerkannt, daß sich vom Ein- treten des Friedenszustandes an die Folgen einer etwaigen Nicht- erfüllung vertraglicher Verpflichtungen nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie nach den vom Völker- recht anerkannten gewöhnlichen Verfahrensarten bestimmen sollten. Damit steht das jetzige Vorgehen der französischen Regierung im schroffen Widerspruch. Der Friedensvertrag stellt an seiner Stelle das Recht einer Signaturmacht vor, die Nichterfüllung einer vertraglichen Verpflichtung seitens Deutschlands ohne weiteres mit dem militärischen Einmarsch in deutsches Gebiet zu beant- worten. Uebrigens hat sich aber die französische Regierung über grundlegende Bestimmungen der Völkerrechtslehre hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bildet.

Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tat- sächlich als den Versuch einer Störung des Beifriedens ansehen zu können glaubte, so hätte dies gemäß den Völkerrechts- statuten als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitgliede und einem Nichtmitgliede des Bundes dürfte nicht ohne weiteres mit Gewalt, sondern zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden.

Zum Schluß muß die deutsche Regierung mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regie- rung ergriffene militärische Zwangsmaßnahme inwieweit die

schwersten Folgen

in politischer und wirtschaftlicher Beziehung haben wird. Zwar beachtet, wie bereits in der Note vom 4. d. M. mitgeteilt worden ist, der bisherige Verlauf zu der Hoffnung, daß die über das bisher zugelassene Maß in die neutrale Zone eingerückten Truppen

innerhalb weniger Tage wieder zurückgezogen

werden können. Damit würde nach der Erklärung der französischen Regierung die jetzt vorgenommene neue Besetzung ohne weiteres ihr Ende erreichen. Ihre Folgen wären aber damit nicht beseitigt. Es ist für jede Regierung in Deutschland unmöglich, in dem unglück- lichen, von tiefen Erschütterungen immer wieder betroffenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Schritt und Tritt bei ihren bisherigen Feinden einem ungerech- fertigten Argwohn begegnet und immer erneuten Drohungen aus- gesetzt bleibt, und wenn das deutsche Wirtschaftsleben Störungen, wie sie die Besetzung politisch und wirtschaftlich so wichtiger Haupt- plätze mit sich bringt, ausgesetzt wird. Die deutsche Regierung hatte es begehrt, daß auch die französische Regierung gerade in letzter Zeit zur Anbahnung einer Verständigung auf wirt- schaftlichem Gebiet bereit zu sein schien. Wie können solche für den Wiederaufbau Europas wichtigen Gedanken in die Tat um- gesetzt werden, wenn gleichzeitig die französische Armee in Deutsch- land einmarschieren und dadurch tiefste Erregung und Erbitterung in das deutsche Volk hineinträgt. Was dem deutschen Volke vor allem noht, ist Ruhe! Nur dann kann sich die Arbeitsleistung so weit haben, daß das Volk leben und die schwersten Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen kann.

Bevorstehende Ausrufung der Rheinischen Republik?

Uebereinstimmend wird aus den verschiedensten Teilen des Rheinlands gemeldet, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik unmittelbar bevorsteht.

Wie den V. R. K. hierzu von gutunterrichteter Seite erklärt wird, ist tatsächlich seit einiger Zeit eine gewisse Erregtheit in der Wasse der Rheinländer zu beobachten. Die Veröffentlichung des zweiten Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Justizrats Kömwig, in der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 30. März wirft ein scharfes Licht auf diese Beunruhigung. Es heißt darin, daß inner- halb der Partei große Misstimnungen und Unklarheiten bestehen über das Vorgehen unserer Abgeordneten in Berlin“. Es wird dann eine große Aufführungsversammlung und in der gleichen Kammer ein dreitägiger politischer Parteitagus an- gekündigt.

In letzter Zeit beschäftigt die französische und belgische Presse sich in eingehender Weise mit den Fragen des Rheinlandes und zwar in einer außerordentlich sachlichen Form, während die deutsche Presse eine völlige Indifferenz zeigt. Ein Artikel der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 31. März weist auf diese Indifferenz hin und zwar mit einer gewissen Verbitterung. Der Rheinländer sahle sich als Opfer des Friedens, der Deutschland aufgezwungen wurde. Die Rheinländer bewiesen täglich ihr Deutschtum durch die Tat, nicht wie viele rechts des Rheins nur durch große Worte. Die deutsche Presse hätte allen Grund, sich der rheinischen Probleme anzunehmen.

Forderungen an die Regierung.

Gemeinsamer Schritt der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien.

Die am Generallstreik beteiligten Arbeitnehmerorgani- sationen und die Vertreter der Parteileitungen der Sozial- demokratischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politi- schen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Verichte ihrer ins Ruhrgebiet entsandten Vertrauensmänner entgegen- genommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Re- gierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Ver- einbarungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generallstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maß- nahmen zu verlangen:

- 1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Vieselfelder Abereinkommen zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, wozu der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die Verfassungstreuen Unter- offiziere und Mannschaften sind zu schützen; die ab- gesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichs- wehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiter- verwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Viesierung von Divisionen an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die Preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt. Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durch- führung dieser Maßnahme eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegen- nahme der Regierungserklärung vor.

Berlin, 6. April 1920.

- Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. gez. G. Legien.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. gez. D. Urban.
Deutscher Beamtenbund. gez. M. Lange.
Berliner Gewerkschaftskommission. gez. D. Ruck.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands. gez. H. Wollenkamp.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. gez. A. Crispian.

Es ist bedauerlich, daß die Nationalversam- lung, die ja die besten dazu sein sollte, die Dinge in Ordnung zu bringen, erst am Mittwoch nächster Woche wieder zusammentreten soll. Eine solche Selbstauschaltung des wichtigsten verfassungsmäßigen Faktors in bewegter Zeit ist bedenklich. Die Verhältnisse vertragen aber keinen Aufschub, und darum ist es zu billigen, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit den anderen meistinteressierten Organisationen mit formulierten Forderungen an die Regierung herantreten ist, und wir zweifeln nicht daran, daß die Fraktion dieses Vor- gehen beeden wird.

Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. haben das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Reichswehr nur noch verstärkt. Man sucht vergebens nach Garantien dafür, daß sich der Militäraufstand nicht eines Tages in ver- größertem Format wieder erheben wird. Dann werden die sozialdemokratischen Regierungsmittelglieder wieder zum Generall- streik auffordern, und die militärische Putschregierung wird wieder die Erschießung der „Mädelsführer und Streikposten“, d. h. der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre anordnen. Die alldeutsche Presse spricht ja jetzt schon mit anjnischer Offenheit ihr Bedauern darüber aus, daß der Er- schießebefehl nicht schon früher ausgegeben und exekutiert wurde, und fordert für das nächstmal größere Zügigkeit. Man kann also unmöglich behaupten, daß die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sich in eine Sache einmischen, die sie nichts angeht, es geht für sie um Kopf und Kragen, und sie haben ein Recht, von der Regierung Schutz gegen Mörder zu fordern.

Die Verhandlungen über die Erfüllung dieser Forderun- gen werden einigermaßen kompliziert durch die militä- rische Einmischung Frankreichs in unser

inneren Angelegenheiten. Wir müssen es uns auf das allerentschiedenste verbitten, wenn der Befehlshaber der widerrechtlich in Deutschland eingedrungenen Truppen, General Degoutte, die Darmstädter Bevölkerung folgendermaßen andenkmalig:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets angeordnet.

Erstens ist die Behauptung des Herrn Generals in dieser Form ein Unsin, zweitens aber hat sich die deutsche Arbeiterchaft noch nicht unter das Protektorat der französischen Militaristen gestellt. Sie wünscht, sich selber zu schützen, und hat Beweise dafür geliefert, daß sie es kann. Gerade der neueste Beschluß der Organisationsvertreter liefert den besten Beweis dafür, daß die härtesten Organisationen und die stärkste Partei unerschütterlich sind in der Absicht, im Ruhrrevier kein unbeschränktes Schalten und Walten des Militärs zu dulden. Ein Entgegenkommen der Regierung ihnen gegenüber wird zugleich die Leidenszeit der besetzten Gebiete im Rhein-land abkürzen.

Es sei daran erinnert, daß die Regierung schon am 1. April nach Paris mitteilte, die Polizeiaktion im Ruhrrevier werde binnen sieben Tagen, also am 11. April, zu Ende sein. Es ist dringend zu verlangen, daß dieser Termin noch näher gerückt und damit dem Verlangen der Gewerkschaften, die sich auf die Berichte ihrer aus dem Ruhrrevier zurückgekehrten Vertrauensmänner berufen können, so weit und so schnell wie möglich Rechnung getragen wird.

Die Regierung aber möge sich davon überzeugen, daß es diejenigen am besten mit ihr meinen, die ihr raten, sich von den letzten Resten des Militarismus so rasch wie möglich zu trennen. Hier ist noch ein Weg zur Rettung angeigt, der letzte! Die Rasse der deutschen Arbeiterchaft will auch heute noch keine Experimente mit der Räteherrschaft, sondern sie will ganz einfach den Schutz der Republik. Die neue Koalitionsregierung muß diesen Schutz leisten können, wenn nicht das Koalitionsprinzip völlig in Mißkredit geraten soll. Zu dieser Einsicht, die sich für Sozialdemokraten von selbst versteht, müssen sich auch die bürgerlichen Vertreter in der Regierung aufschwingen, sonst würden wir nach den dunklen Tagen, die wir erleben, nur noch dunklere zu erwarten haben.

Dem Vernehmen nach besteht die Absicht, die Nationalversammlung schon für diesen Sonnabend, den 10. April, einzuberufen.

Frankreichs Schwankungen. Deutsche Feststellungen.

Zur französischen Einmarschnote (mitgeteilt im gestrigen Abendblatt), verbreitet die deutsche Regierung durch WB folgende Feststellungen:

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung für einen Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf deutschen Städte von ihr besetzt werden dürften, wobei die Lokalverwaltungen bestehen bleiben und vor allem die Militärbehörden ersucht werden sollten, in Dormit der normalen Funktionen der deutschen Regierung und Verwaltung kein Hindernis in den Weg zu legen. Die deutsche Regierung konnte auf dieses durch kein sachliches Moment begründete Ansuchen nicht eingehen, sondern machte den Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Herr Paléologue, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, erklärte sich telephonisch damit einverstanden und bestätigte dieses Telephongespräch durch folgendes Schreiben:

„Besichtigung einer telephonischen Besprechung vom 29., 8 Uhr abends. Wenn die deutsche Regierung auf ihrer Forderung, Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, besteht, so wäre Herr Millerand

geneigt, dem zuzustimmen unter der Bedingung, daß die fraglichen Truppen

innerhalb einer Frist von 2 oder 3 Wochen

aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die alliierten Truppen das Recht haben, unterzüglich Frankfurt, Bonn, Hamburg und Dieburg zu besetzen, unter den in der Note vom 28. festgelegten Bedingungen.

Unterschrift: Paléologue.

Am 30. März beehrte die französische Regierung auf ihrer Zustimmung und wies nur in einer Weisprechung mit großem Nachdruck auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitergruppen für den Fall des Einmarsches von Reichswehrtruppen zur Zerstörung der Schächte schreiten könnten.

Am 31. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einer Note vom Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte ihrerseits den Einmarsch für unumgänglich und gefährlich. Inzwischen hatte der Herr Reichskanzler aus Loyalität, weil er am Montag die übertriebene Forderung der französischen Regierung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht und zurückgewiesen hatte, am Dienstag Mitteilung von dem französischen Entgegenkommen gemacht. Die französische Presse behandelte die Neuherung des Reichskanzlers mit den schärfsten Angriffen, natürlich in Unkenntnis der der Öffentlichkeit nicht bekannten Verhandlungen, während von zuständiger amtlicher französischer Seite erklärt wurde, man verstehe diese Neuherungen des Reichskanzlers vollkommen. Dieser habe den Brief Paléologue so auffassen können, wie er es getan habe. Da inzwischen die Mitteilungen über das Vorgehen im Ruhrgebiet sich häuften und von allen Seiten und allen Parteien die Ratschläge kamen, war an eine weitere Verschärfung des Einmarsches nicht mehr zu denken.

Am 2. April abends erneuerte die französische Regierung in Verantwortung der deutschen Note ihre Forderung nach Besetzung der deutschen Städte und sofortiger Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen. Am 3. April weist die französische Regierung anlässlich einer an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichteten Mitteilung über das Eindringen von Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet auf die Verletzung des Art. 44 hin, dessen feierliche Fassung sie ausdrücklich in Erinnerung bringt, und schließt mit dem Satz: „Die Entscheidung der französischen Regierung werde ich Ihnen später zur Kenntnis bringen.“

Am 4. April fährt die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der fünfzigkilometerzone befindlichen Truppen in der Kopfgahl den laut Abkommen vom 6. August zugestandenen Umfang nicht übersteigen.

Am 6. April vormittags erfolgt in Paris die Uebersetzung der französischen Note, die eingangs wiedergegeben ist.

Daraus geht hervor, daß die Regierung zu einem bestimmten Zeitpunkt annehmen mußte, Frankreich sei mit dem Einmarsch einverstanden. Später hat die französische Politik eine Schwankung vollzogen.

Die Besetzungslüge.

Mains, 6. April. (WB.) Eine Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besetzungstruppen, General Degoutte, an die Bevölkerung besagt:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets angeordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlaufe der bis heute währenden Verhandlungen hat die französische Regierung sich bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzuhalten. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Verstand zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterchrift nachkomme. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt a. M., Hamburg, Bonn, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitende Bevölkerung

dieses Gebietes bedeutet. Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrages zu sichern, und wird aufhören, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben.

Die Regierung Millerand und ihre Genesalleen als Schlichter der Arbeiterchaft des Ruhrgebiets — daß die Leute nicht das Hohngefläch der Welt furchen!

Ein Aufruf der Regierung.

An die Opfer der französischen Militäraktion.

An die Bevölkerung der Städte und Dörfer, die jetzt von den Franzosen als Repräsentanten gegen unsere Polizeiaktion im Ruhrgebiet besetzt worden sind, hat die Reichsregierung einen Aufruf gerichtet, in dem dargelegt wird, wie die merkwürdige Aktion der Franzosen zustande kam. „Ungehörig“, heißt es im Aufrufe, „ist mit dem Weltfrieden nie gespielt worden, als es Frankreich tut.“ Der stark polemische Aufruf schließt: „Wir werden den juristischen Klaffen und der brutalen Vergewaltigung den einzigen Willen entgegensetzen: Ein Volk zu sein und zu bleiben!“

Untaten im Ruhrgebiet.

Plünderungen hier — Standrecht dort.

Einem und zugehenden Bericht aus Hamm vom 2. d. M. entnehmen wir:

In Belsum, Herringen, Landbodem usw. hatten die Banden in den letzten Tagen ein wahres Schreckensregiment geführt. Den Landleuten, nicht nur den größeren Bauern, sondern auch den kleinen Köttern, hatten sie das Vieh im Stalle abgeschlachtet, sämtliche Lebensmittel abgenommen und auch Wertgegenstände geraubt. Widerstand wurde mit Waffengewalt gebrochen. Jeder, der sich weigerte, mit der Waffe mitzukämpfen, wurde niedergeschossen. Hunderte von Flüchtlingen irren in Hamm umher, in steter Sorge um das Schicksal ihrer Angehörigen. Es wurde die höchste Zeit, daß Hilfe kam. Die Reichswehrtruppen stießen am Mittwoch nachmittags auf den ersten Widerstand. In der Gegend von Daberg hatte sich eine Gruppe von 40 Spartakisten mit 3-Weidmangewehren versammelt, die die vorrückende Patrouille mit heftigem Feuer empfing. Nach kurzer Zeit war die Gegend erobert, wobei die Besatzung zum Teil geflohen, zum Teil gefallen war. Außerdem wurden 3 Mann kurz darauf handrechtlich erschossen. (1) Die Verluste der Patrouille betragen einen Toten.

Die erste Festigung, die sich die Spartakisten geleistet haben, ist die Sprengung der großen Eisenbrücke der Eisenbahnlinie Hamm—Münster, wobei der Zugverkehr vollkommen unterbrochen worden ist. Auch die Linien nach Imsa und Dortmund sind durch Aufreißen der Gleise unbrauchbar gemacht worden. Weiter haben sie an mehreren Stellen die Straßen aufgerissen, wobei auch der Abstellplatz für die Reichstelegraphenstation Berlin—Münster zerstört wurde. Am Eingange Belsums, bei der Wirtschaft Vexler, lagen 2 tote Spartakisten mit zum Teil fürchterlichen Verletzungen. Sie waren nach kurzem Verhör handrechtlich erschossen worden. Nicht weit davon lagen wieder 6 Mann, hundert Meter weiter abermals 10. Auf dem Friedhofe verstreut wiederum eine größere Anzahl Toter. Hier kann man an der großen Zahl der beschädigten Grabdenkmäler und an den Granatstücken auf die Schwere des Kampfes schließen, der hier getobt hat. An der südlichen Heide lagen u. a. auch ein Vater mit seinem Sohne, beide mit schweren Kopfverletzungen. Hundert Meter weiter in der Richtung nach Samen hatten sich in einem Hause 16 Spartakisten mit 3-Weidmangewehren versammelt, die den Angreifern sehr zu schaffen machten. Trotzdem gelang es einer Gruppe von 6 Mann, das Haus zu stürmen, wobei ihnen außer den Gewehren und den Waidmangewehren noch 30 Gewehre und reichlich Munition in die Hände fielen. Auch diese Wessungen wurden kurz darauf erschossen. Beim Stürmen dieses Wohnhauses fiel übrigens auch Hauptmann Spay aus Wänschen, woraus sich die große Erbitterung der Mannschaften erklärt. Allein in dieser Gegend sind über 200 Tote auf Seite der Gegner der Reichswehr gezählt worden.

Die „Rost. Ztg.“ berichtet, daß die Banden in und bei Duisburg einige 20 Waggons Lebensmittel „beschlagnahmten“ und solcherart erbeutete Schätze das Hund für 1,20 M. verlaufen. Auch raubten sie 500 000 M. Lohngehalt für Eisenbahner. Der Oberbürgermeister von Herford mußte dem Aktionsausschuß 63 000 M. abliefern. Laut „A. Z.“ wurde in Essen wüst geplündert.

Nach der „Freiheit“ hat die Reichswehr in Dortmund die Drismehr aufgelöst, grundlos Schwere in besitzenden

Technik und Psychologie.

Von Diplomingenieur A. Hamm.

Was haben Technik und Psychologie miteinander zu tun? Gar nichts, möchte man meinen und bis vor kurzem ist es auch so gewesen. In den letzten Jahren aber haben sich unerwartet und plötzlich so enge Beziehungen entwickelt, die zum Teil auf amerikanische Einflüsse zurückzuführen, aber ohne die sehr gründlichen Vorarbeiten der deutschen Wissenschaft, insbesondere Wundts und seiner Schule, nicht denkbar wären. Das verbindende Glied ist die Frage der Eignungsprüfung des einzelnen Menschen für die von ihm verrichtete Arbeit.

Die Psychologie ist seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr zur Experimentalwissenschaft geworden. Sie sucht die Eigenschaften der menschlichen Seele, also Empfindung, Willensimpulse, Aufmerksamkeit, Intelligenz usw. schrittweise zu erfassen, so daß wir also in diesem Gebiete nicht mehr mit unklaren und unbestimmten Begriffen oder Vorstellungen, sondern mit ganz klaren, fest bestimmten Größen rechnen können. Eine der ältesten und bekanntesten Feststellungen dieser Art ist das Rednerische Gesetz, das auslegt, die Stärke einer Empfindung wachse nicht in gleichem Maße wie der sie verursachende Reiz, sondern nur wie sein Logarithmus, also viel schwächer. Bei einer sehr starken Empfindung, wie wir sie z. B. haben, wenn wir uns kräftig verbrennen, bedarf es also einer ganz außerordentlichen Steigerung des Reizes, um die Empfindung überhaupt noch zu erhöhen. Derartige Gesetze hat die experimentelle Psychologie noch mehr gefunden und sie bedienen sich zu ihren Untersuchungen einer großen Anzahl besonders genauer Meßgeräte.

Ein solches Gerät ist beispielsweise der Ergograph oder Ermüdungsmeßapparat. Um die Fähigkeiten eines Menschen für irgend welche Arbeit beurteilen zu können, ist es natürlich sehr wesentlich, zu wissen, wie lange er sie ausübt, also in welchem Maße er ermüdet. Die Erfahrung zeigt, daß für alle Ausstelgruppen das Verhältnis dasselbe ist, es genügt also, für eine Ausstelgruppe die Ermüdung festzustellen, um den ganzen Menschen beurteilen zu können. Man nimmt dazu den Mittelfinger. Er wird durch einen Ringes und eines Fadens, der über eine Rolle läuft, ein Gewicht haben. Ein Schreiber zeichnet die Höhe der Erhebung auf. Je schneller bei gleichem Gewicht diese Höhe abnimmt, um so weniger ausdauernd ist der Betreffende. Einen Unterschied macht es auch noch, ob die Erhebung sorgfältig abnimmt oder nach einer bestimmten Zeit gleich bleibt, wenn auch geringer als am Anfang. Solche Menschen sind für anstrengende körperliche Arbeiten am besten geeignet.

Andere Meßgeräte sollen dazu dienen, die geistigen Eigenschaften zu prüfen, und zwar vornehmlich Auffassungsfähigkeit, Anschauungsfähigkeit, Erfindbarkeit u. a. m. Zur Prüfung der Auffassungsgabe wird durch einen Apparat dem Prüfling in kurzen Zwischen-

räumen eine Anzahl von Zahlen oder Worten vorgeführt, die er sich merken muß. Eine gemeinsame Untersuchung auf Auffassungsgabe und Entschlußkraft ist bei der Prüfung von Kraftfahrern und Lokomotivführern üblich. Der Prüfling sitzt oder steht in einem Gefährt, das dem Führer eines Wagens oder dem Führer einer Lokomotive ähnlich ist, auch die gleichen Hebel und Handgriffe besitzt wie diese. Jemand ein Hindernis taucht ganz plötzlich auf, gleichzeitig wird eine Uhr, die laufend auf Sekunden anzeigt, in Bewegung gesetzt. Der Prüfling muß dann mit seinen Hebeln eine Bewegung machen, die bei fortwährendem Wagen dazu dienen mußte, das Hindernis zu umgehen. Durch die Bewegung wird die Uhr wieder abgestellt, man kann dann die Zeit ablesen, die vom Auftreten des Hindernisses bis zur Ausführung der Bewegung verstrichen ist, gleichzeitig kann man an den Aufzeichnungen eines Schreibstiftes erkennen, ob die Bewegung richtig war. In ähnlicher Weise prüft man die Geschwindigkeit, indem man unentworfene einen Schuß abfeuert und aus den Aufzeichnungen des Schreibstiftes abliest, ob der Prüfling infolge des Schrekes eine Bewegung gemacht hat, die seinen Wagen hätte gefährden können. Verschiedene andere geistige Fähigkeiten werden in ähnlicher Weise untersucht. Die reichen Erfahrungen der Heeresverwaltung mit der Prüfung von Kraftwagenführern haben gezeigt, daß durchgängig diejenigen, denen auf Grund der psychologischen Prüfung die Eignung abgesprochen worden war, auch im Fahrkursus versagten.

Neuereis läßt sich die psychologische Untersuchungsmethode noch auf andere industriell wichtige Reagen anwenden, z. B. die „Reinhalte“. Welche Formen von Plakaten am besten sichtbar sind, welche Farben für Schrift und Zeichnungen am besten geeignet sind, das alles gehört vor den Reichthum der experimentellen Psychologen. So hat sich diese neue „Psychotechnik“ schon in kurzer Zeit ein weites Feld erobert.

Eine Konferenz über Kunstfragen. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte gestern Vertreter der Akademie der Künste, des Lehrkörpers der Hochschule für Kunst, die auswärtige und inländische Presse und viele am Musik- und Theaterleben besonders interessierte Sachleute zu einer Konferenz in das Kultusministerium gebeten. Die Minister Haeussler einleitend ausübte, handelt es sich darum, die dringlichsten Angelegenheiten unseres Musik- und Theaterlebens einmal von berufener Seite der öffentlichen Erörterung zugänglich zu machen und Anregungen, wie persönliche Maßnahmen zur Ermöglichung. Die neuerufenen Leiter der Hochschule für Kunst wurden vom Minister vorgeführt und zu kurzer Aussprache über ihre Ideen und Ziele gebeten. Prof. Schreker aus Wien, der neue Direktor der Hochschule, begann mit einem freien Vorkenntnis zur deutschen Kunst, denn gerade in Deutschland habe er seine ersten und größten Erfolge gefunden, sei er das geworden, was die musikalische Welt an sich schätze. Er entwickelte ein kurzes Programm, das neben der wesentlichen inneren Organisation der Hochschule ein leistungsfähiges Orchester und eine Hochschule für dramatische Kunst in Aussicht stellte. Dr. Georg Schürmann, als Stellvertreter des Direktors und administrativ-

tiver Leiter der Hochschule, betonte vor allem den Ausbau der musikalischen Fächer und die Einführung der Schüler zu einer in die Tiefe gehenden musikalischen Allgemeinbildung. Von der Hochschule leitete Max Schilling auf die vielen Probleme der Staatsoper hin. Seine Darlegungen rüdten die großen Schwierigkeiten in den Vordergrund, die sich gerade dieser Bühne bei der starken Herausforderung der wirtschaftlichen Forderungen in den Weg stellen. An der Hand von Beispielen erzielten die Anwesenden einen Einblick in diese komplizierten Fragen, die immer mehr zu einer neuen Zeit im Opernbetrieb führen müssen, zu einer Entwidlung, in der wieder das Publikum über dem Künstler stehen muß. Seine Ausführungen ergänzte Direktor Springer, der an die vollkommene Gründung eines Volkstheaters im früheren Krollischen Hause am Königsplatz anknüpfte. Es sei zu hoffen, daß auch dieses große Werk, getragen von der Mitarbeit der Volkswähler, bald seiner endgültigen Verwirklichung entgegengehen werde. Mit einem Dank an die Anwesenden schloß Herr Unterrichtssekretär Weder die Preisbesprechung, die nach einer Anfügung des Herrn Ministers von Zeit zu Zeit mit wechselndem Beratungsstoff wiederholt werden soll.

Eine Gedenkfeier zu Raffels 400 Todestag wurde gestern mitag von der Generaldirektion der Staatlichen Museen und der Akademie der Künste im Raffelsaal des Kaiser-Friedrich-Museums veranstaltet. In einer kurzen Ansprache wies der Kultusminister Genosse Haensler auf die Eigenart aller wahrhaft großen Kunst hin, die, wenn sie auch in gewisser Hinsicht immer „Heimatskunst“ bleibt, mit ihren Wurzeln doch in dem der ganzen Menschheit gemeinsamen Kulturboden haften und aus ihm ihre Nahrung zieht. Dieser internationale Zug der großen Kunst erscheint besonders wertvoll in der gegenwärtigen Zeit, wo er ein Mittel werden kann, um zwischen den noch immer habenden Völkern die gemeinsamen geistigen Bande aufs neue zu knüpfen und die vereinigenden Brücken wieder zu beschreiten. Die Festrede hielt Professor Ostarrischel. Er entwickelte die entscheidenden Einflüsse, die das Willen, der besondere Charakter der landschaftlichen Umgebung und der Verkehr mit den verschiedenartigen Gesellschaftskreisen in Urbino, Perugia, Florenz und Rom auf den Entwicklungsgang des Künstlers ausgeübt haben, und gab damit eine wertvolle Ergänzung der üblichen Betrachtungsweise, die Raffael fast ausschließlich als den genialen, aber im Grunde unselbständigen Schüler bestimmter Meister erkennen läßt, deren Tendenzen er zum vollendeten Abschluß brachte. Zu Beginn und zum Schluß der Feier trug der Madriachchor des Instituts für Kirchenmusik unter Leitung des Professors Karl Phiel Gesänge zeitgenössischer Komponisten vor.

In der Papirusausstellung der Staatlichen Museen (Neues Museum), eine Treppe, wird fortan an jedem Sonnabend um 11 Uhr Professor Schubart zu einer Führung bereit sein. Karten hierzu — höchstens 20 — gibt in der nordwestlichen Ecke der Kasse der Papirusausstellung unentgeltlich aus. Beginn am 10. April, 11 Uhr. Führung soll der Besuch gemacht werden, den Museumsbesuchern das Verständnis des antiken Schreibmaterials sowie der ägyptischen und griechischen Bücher, Briefe und Urkunden zu erleichtern.

Einige Reizmitteltheater wird unser Mitarbeiter Dr. B. Engelhardt in einer allgemein verständlichen Vortragreihe, welche am Sonntag, den 12. April, in der Georgenstr. 30/31, abends 8 Uhr, beginnt, behandeln.

Groß-Berlin
Der eingezäunte See.

Der wertvolle Berliner will Sonntags in der freien Natur Erholung suchen und neue Kraft aus diesem ewigen Jungbrunnen schöpfen. Das ist der instinktive Drang, der dem Großstadtmenchen alle Unannehmlichkeiten der in drangvoll fürchterlicher Enge zurückzulagernder Naturfahrt schnell vergessen läßt.

Da hat z. B. der feudale Herr in Rangsdorf an der Postener Bahn, dessen „Schloß“ in nächster Nähe der armenlichen Gutsarbeiterwohnungen den Kontrast zwischen „Hoch“ und „Niedrig“ recht deutlich zum Bewußtsein kommen läßt, den großen Rangsdorfer See, soweit dieser mit Wald umgeben ist, also stundenweit, durch einen Drahtzaun abgesperrt und alle die vielen Wege in dem Waldgebiet als „verbotene“ gekennzeichnet.

Der Großherzog von Sachsen-Weimar hatte solche Verbotstafeln in dem Ederberger Wald bei Weimar ebenfalls in einem Umfang aufstellen lassen, daß für sein „Volk“ kaum noch ein nicht verbotener Weg übrig blieb. Das „Volk“ hat aber nach dem 8. November 1918 kurzen Prozeß mit diesen Tafeln gemacht. Der Rangsdorfer pocht anscheinend noch auf seine Herrenrechte und Sonntags stellt er in die Nähe des schönen Uferwegs unterhalb der Landstraße nach Dahlewitz seinen „Hörster“ auf, damit dieser einen Schreckschuß abgibt, sobald es ein harmloser Spaziergänger wagt, diesen „feudalen“ Weg zu betreten.

Wo bleibt das Reich, das die Ufer der märkischen Seen und die Waldwege für die Allgemeinheit freigibt? Und wo bleibt die Verstaatlichung der Privatforsten, die längst reif dafür sind?

Die Berliner Sicherheitspolizei an ihren Kommandeuren.

Dem neuen Leiter der Sicherheitspolizei, Major Kaupisch, hat die Ortsgruppe Berlin des Wirtschaftsverbandes der Beamten der Sicherheitspolizei Deutschlands eine Vertrauens- und Gebührgabe überreicht, in der es u. a. heißt:

Ihr Name bietet uns die Gewähr, daß ein neuer Geist, der Zeit entsprechend, in der Führung der Berliner Sicherheitspolizei eingeleitet ist und daß die Sicherheitspolizei zu dem gemacht wird, was sie in Wirklichkeit sein soll und zu dem sich die Beamten im Unteroffiziersrang und gewiß auch viele Beamten im Offiziersrang dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben. Wir Beamte i. N. sehen es als unsere Aufgabe an, die Verfassung und die vom Volke eingesetzte Regierung zu schützen. Wir sind zum Schutze unseres Volkes da und wollen unseren Volksgenossen ein Helfer und Verater in der Not und den Verbrechern ein Schrecken sein.

Wir verlangen wir nicht in diesem Sinne gefährt worden, und mit unserem guten Willen und mit unserem Ehrgefühl ist man leichtfertig umgegangen. Daher auch der Zwiespalt in unseren Reihen und das Mißtrauen gegen die Beamten im Offiziersrang, das wieder wacher wurde, da viele derselben ihre Freude über das Gelingen des Rapp-Putsch zu deutlich Ausdruck gegeben haben.

Wir Beamte i. N. stellen uns reiflos mit unserem besten Willen und können zur Verfügung. Dafür verlangen wir nichts Unmögliches, sondern nur eine anständige Behandlung, wie sie einer Beamtenstellung gebührt, deren Beruf mit einer ständigen Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden ist. Wir verlangen Führer, die in uns nicht den Soldaten sehen, das willenlose Werkzeug ihrer event. Sonderbestrebungen, sondern die uns auch als vollwertige Menschen betrachten, die ebenfalls Ehrgefühl und Vaterlandsliebe besitzen. Führer, die uns in jeder Hinsicht ein Vorbild sein können, damit wir mit Lust und Liebe den Aufgaben des schweren Polizeidienstes gerecht werden, und die auch das Ihrige dazu beitragen, daß wir unseren

grünen Rock in Ehren tragen können und von allen unseren Mitbürgern geachtet werden.

Auf Grund von Verhandlungen des Vorstandes des Wirtschaftsverbandes der Sicherheitspolizei Deutschlands mit den Ministerien des Innern ist verfügt worden, daß sämtliche anlässlich des Rapp-Putsch entlassenen Beamten unterzüglich wieder einzustellen sind. Die entlassenen Beamten wenden sich sofort an das Geschäftsamt des Wirtschaftsverbandes, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 8. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß am 7. April eine Kommission zusammentritt, an der gewählte Vertreter der Sicherheitspolizei Deutschlands teilnehmen, die über die Reorganisation der Sicherheitspolizei, sowie über wirtschaftliche und dienstliche Fragen (Dienstordnung, Beamtenauschüsse, Beförderungen usw.) mit dem Ministerium des Innern beraten wird.

Eile mit Weile!

Bei den Braunkohlstein-Ausfertigungsstellen, die in Berlin noch für die Verteilung der billigeren Weib-, Woll- und Wollläden (der sogenannten Magistratsware) in geringer Zahl bestehen, kann die Zahl der Antragsteller nur unter sehr erheblichem Zeitverlust abgefertigt werden. Auf unsere in Nr. 132 veröffentlichte Schilderung der Zustände, die bei der Ausfertigungsstelle in der Kopenstraße herrschen, schied uns jetzt die Belleidungsstelle des Magistrats eine Erwiderung. Indem sie zugibt, daß auch ihr dieses Übel längst bekannt ist, bedauert sie, daß ihre bisherigen Abhilfeversuche nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben. Die Notwendigkeit einer weiteren Vermehrung der Ausfertigungsstellen oder einer stärkeren Besetzung mit Personal scheint ihr immer noch nicht einzufließen; wenigstens sagt sie kein Wort davon, daß etwas derartiges beabsichtigt sei. Dagegen empfiehlt sie, die Angestellten nicht zur Eile zu mahnen, weil solche Mahnungen „nur dazu beitragen, die Nervosität zu steigern und den Betrieb zu verlangsamen“. Gleichzeitig weist sie darauf hin, daß Entwürfe auch schriftlich gestellt und unter genauer Angabe der gewünschten Ware sowie unter Beifügung der Steuergutattung und des Wohnungsausweises eingelaßt werden könnten. Von dieser Einrichtung, die den Antragstellern die lästige Wartzeit erspart, sollte möglichst Gebrauch gemacht werden.

Neue Preiserhöhung.

Die am 1. April in Kraft getretene Erhöhung der Erzeugerpreise für Braunkohlensbräute zwingt den Kohlenverband Groß-Berlin ab 8. April die Zentnerpreise für Braunkohlensbräute um 2,30 M. zu erhöhen. Es beträgt nunmehr der Preis für Aachen- und Dfendrand bei Selbstabholung 14,80 M. bei Lieferung frei Erdgeschloß oder Keller 15,80 M. per Zentner. Wie lange??

Die Kohlenstelle fordert alle Inhaber von Kohlenarten auf, die für den Kohlenbezug nicht mehr gültigen Abschnitte selbst abzutrennen und in eigenen Gewahrsam zu nehmen, nicht aber dem Kohlenhändler zu übergeben, der diese Abschnitte jetzt nicht mehr abnehmen darf.

Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs.

Die Wirkung der Eisenbahntarifierhöhung, vielleicht aber mehr noch die Wirkung des Putschs vom 18. März drückt sich in einem Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs im März sehr empfindlich aus. Mit 89 228 Fremden bleibt der ständige März gegenüber dem 20-tägigen Februar um rund 20 000 Besucher zurück. Auch nach Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs beim Ablauf des Streiks haben sich die Fremden, angesichts der unklaren Verhältnisse, nur sehr zögernd zur Reise nach Berlin entschlossen. Von der ständigen starken Hotelfüllung war in den letzten Wochen nicht mehr die Rede. Bemerkenswert bleibt nach der Zusammenstellung der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins, das Wachsen des Besuchs aus dem Ausland, insbesondere aus den bisher feindlichen Ländern. An der Spitze erscheint Desterreich mit 1290 Gästen, es folgt Polen mit 1152, Schweden mit 964, Holland mit 941, Rußland mit 803, Dänemark mit 887, Norwegen mit 400, aus England waren im März 432 Gäste zu verzeichnen, aus Amerika 370, aus Frankreich 312, aus Italien 181, Belgien 108. Zu erwähnen sind noch 294 Besucher aus der Schweiz, 220 aus den Balkanstaaten, 251 aus Ungarn, 149 aus Spanien, 108 aus der Türkei, 98 aus Ägypten, 87 aus Afrika.

Wo sieht es sich auch billiger leben als bei einem armen Mann, den man jetzt nach den unbegrenzten Möglichkeiten der Polaris mit einem Scherstein abspülen kann. Auf diese Ruhezieher sind wir nicht sonderlich verpicht.

Warnung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener vor Winkelfonkulenten!

Trotz aller Aufklärungsversuche kommen immer wieder Fälle vor, in denen Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene unüberlässigen Personen, die besonders nahe Beziehungen zu den Fürsorgestellen und Versorgungsbehörden vorzuziehen, ihre Vertretung übertragen. Diesen Leuten, die häufig nicht über die einfachsten Kenntnisse in Versorgungs- und Fürsorgefragen verfügen und nicht einmal wissen, welche Stellen zuständig sind, ist es nur darum zu tun, von den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine oft recht erhebliche Summe als „Vorkauf“ oder „Gebühr“ zu erhalten. Dieses Geld ist eine vollkommen überflüssige Ausgabe, die sich die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ohne weiteres ersparen können. Der sicherste und richtigste Weg in allen Versorgungs- und Fürsorgefragen ist für sie immer, wenn sie sich schriftlich oder mündlich an die amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ihres Aufenthaltsortes wenden. Diese stellt ihnen jederzeit in allen Fragen bereitwillig ihren Rat zur Verfügung und hilft ihnen auch mit der Tat gern, soweit es in ihren Kräften steht.

Immer noch „Anstalt“. Auf dem Seddiner See bei Schandau liegt ein Bootschiff für Arbeiter der staatlichen Wasserbauverwaltung. In den Osterferien sollen die aus Berlin kommenden Ausflügler an dem Schiff die mit schwarzer Farbe auf das Holz gemalte Aufschrift: „Kgl. Wasserbauamt für Bestenwald“. Ein einziger Pinselstrich würde hier genügen, den Juch „Kgl.“ zu vernichten. Warum ist das bis auf den heutigen Tag nicht geschehen? Nachher wird es zum Skandal, daß selbst die ohne viel Mühe und Kosten wegzuschleppenden Hinweise auf die monarchische Vergangenheit Preußens immer noch nicht sämtlich beseitigt sind. Es mag sein, daß die Unterlassung meist aus Dummheit zu erklären ist. Solche Aufschriften wirken aber wie eine freche Behöhnung der republikanischen Staatsform. Wird man nicht endlich überall die verantwortlichen Personen mit der Rufe auf ihre Pflicht rufen?

Wer ist der Erschossene? Am 24. v. M. wurde an der Kottbener Allee in Berlin-Nordkreuz von einem Soldaten ein Mann erschossen, der seiner Verhaftung heftigen Widerstand entgegensetzte. Der unbekannt Tote ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat blondes kurzgeschchnittenes Haar mit Glatze, einen blonden, gestutzten Schnurrbart, am rechten Unterarm eine Tätowierung, zwei über Kreuz liegende Schlüssel, einen Dampfregulator und ein Winkelmaß mit der Jahreszahl 1890 oder 1896 darstellend und trägt einen schwarzen, feinen Hut, ein blaues Jackett, eine schwarze, zweireihige Weste, eine schwarze Hose, einen Stiefelgürtel, schwarze, halbe Schnürschuhe und schwarze Gamaschen. Wer über ihn nähere Angaben machen kann wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu Berlin-Nordkreuz zu melden.

„Vorwärts“-Nummern gesucht. Für Archivzwecke werden aus dem Jahre 1914 folgende Nummern gesucht: 1. bis 25. Juli, 7. bis 8. Dezember 1914. Da es sich um „Vorwärts“-Bände für Bibliotheken handelt, bitten wir unsere Vertriebsstellen und Leser, welche die gesuchten Nummern noch besitzen, uns dieselben gegen Erstattung der Unkosten zur Verfügung zu stellen. Vorwärts-Verlag, Lindenstr. 8, 1 Tsp.

Sportpark Treptow. „Großer Osterpreis“, Dauerrennen in zwei Läufen über je 1/2 Stunde. 1. Lauf: 1. Appelhanz 32,180 Kilometer, 2. Lewanow 32,178 Kilometer, 3. Solow 31,999 Kilometer, 4. Wittig 31,990 Kilometer. — 2. Lauf, der eingetretene Dunkelheit wegen auf 1/4 Stunde beschleunigt: 1. Lewanow 15,960 Kilometer, 2. Wittig 15,710 Kilometer, 3. Solow 15,490 Kilometer, 4. Appelhanz 15,310 Kilometer. Gesamtergebnis: 1. Lewanow 48,108 Kilometer, 2. Appelhanz 47,400 Kilometer, 3. Solow 47,140 Kilometer, 4. Wittig 46,960 Kilometer. — Mannschaftsverfolgungstrennen. I. Mannschaft: Münzner, Kops, Trahner, Müller, Petri gegen die II. Mannschaft: Hahn, Kandelbacher, Lehoff, Stolz, Abraham. Der Sieg fiel an die 2. Mannschaft nach zurückgelegten 230 Metern in 4 Min. 56 Sek. — Osterpreis für 1/2 Meile. I. Lauf: 1. Kops 4 Minuten, 2. Hahn 4 Minuten, 3. Müller 4 Minuten, 4. Trahner 4 Minuten. II. Lauf: 1. Kops 7 Minuten, 2. Hahn 7 Minuten, 3. Müller 7 Minuten, 4. Trahner 7 Minuten.

Eingebrochen wurde in der Nacht vom 6. zum 7. April in das Bureau des Zentralverbandes der Fleischer, Abteilung Viehhof, Jandorfer Str. 32 I. Gestohlen wurde die Schreibmaschine Oliver Modell 5 Nr. 314056. Selbige kommt von der Firma Erich Bach, Landsberger Str. 72. Vor Anlauf dieser Maschine wird gewarnt. Gest. Mitteilungen werden an obige Adresse erbeten.

Segen der Erde.

Roman von Kurt Gamsun.

Erster Teil.

1.

Der lange, lange Pfad über das Moor in den Wald hinein, wer hat ihn ausgetreten? Der Mann, der Mensch, der erste, der hier war. Für ihn war noch kein Pfad vorhanden. Später folgte dann das eine oder andere Tier der schwachen Spur über Sümpfe und Moore und machte sie deutlicher, und wieder später schnupperte allmählich der oder jener Lappe den Pfad auf und benutzte ihn, wenn er von Berg zu Berg wanderte, um nach seinen Rentieren zu sehen. So entstand der Weg durch die weite Allmunde, die niemand gehörte, durch das herrenlose Land.

Ein Mann wandert des Wegs in nördlicher Richtung dahin. Er trägt einen Ruckack, den ersten Ruckack, der Rundorrot und einiges Handwerkzeug enthält. Der Mann ist groß und stark gebaut, er hat einen roten Vollbart und kleine Narben im Gesicht und an den Händen — diese Wundenzeichen, hat er sie sich wohl bei der Arbeit oder im Kampf geholt. Er kommt vielleicht aus dem Gefängnis und will sich verbergen, vielleicht ist er ein Philosoph und sucht Frieden, jedenfalls aber kommt er dahergewandert, ein Mensch mitten in der ungeheuren Einsamkeit. Er geht und geht, still ist es ringsum, kein Vogel, kein Tier ist zu hören, bisweilen redet er ein paar Worte mit sich selbst. „Ach ja, Herrgott im Himmel!“ sagt er. Wenn er auf seiner Wanderung an Moore und wirtliche Stellen oder offene freie Blöße im Walde kommt, legt er seinen Ruckack ab, geht umher und untersucht die Bodenverhältnisse; nach einer Weile kehrt er zurück, nimmt seinen Ruckack wieder auf den Rücken und wandert weiter. So macht er den ganzen Tag fort, er steht an der Sonne, welche Zeit es ist, es wird Nacht, da legt er sich ins Heidekraut und ruht mit dem Kopf auf dem Arm.

Nach einigen Stunden wandert er weiter. „Ach ja, Herrgott im Himmel!“ Er geht immer geradewegs nach Norden, steht an der Sonne die Tageszeit, hält Mittagsrast mit einem Stück Hartbrot und Bier, trinkt Wasser aus einem Bach dazu und setzt seinen Weg fort. Auch diesen ganzen Tag

wandert er ununterbrochen weiter, denn er muß sehr viele wirtliche Plätze im Walde untersuchen. Ob nach der Gegend, ob nach Bodenbeschaffenheit? Er ist vielleicht ein Auswanderer aus den Dörfern, denn er schaut sich scharf und spähernd um, manchmal erstiegt er auch einen Hügel und späht von da umher. Jetzt ist die Sonne wieder am Untergehen.

Er befindet sich jetzt auf der Westseite eines langgestreckten Tales mit gemäßigtem Wald, hier ist auch Laubwald und Weidestellen mischen sich hinein, stundenlang geht es so fort; es dämmert, aber der Mann hört das Rauschen eines Flusses, und dieses leichte Rauschen ist wie etwas Lebendiges und muntert ihn auf. Als er die Höhe erreicht, sieht er das Tal im Halbdunkel vor sich liegen und weit draußen nach Süden den Himmel darüber. Am legt er sich schlafen.

Am Morgen steht er eine Dankschiff mit Wald und Weideland vor sich ausgedehnt. Er steigt hinunter: da ist eine grüne Aue, weit unter blüht der Fluß hervor und ein Hofe steht mit jedem Sprung hinüber. Der Mann nickt, wie wenn es ihm sagte, daß der Fluß nicht breiter sei als ein Gassenprung. Ein brütendes Schneehuhn flattert plötzlich zu seinen Füßen auf und sitzt ihn feindselig an, und wieder nickt der Mann; hier sind Tiere und Vögel, das wagt abermals! Seine Füße waten durch Blaubeerenbüsche und Preiselbeertraut, durch liebesgackte Waldsterne und niedere Farnkräuter; wenn er da und dort anhält und mit einem Eisen in der Erde gräbt, findet er hier Walderde und dort mit Laub und vertrottelten Zweigen seit Tausenden von Jahren gebildeten Moorboden. Der Mann nickt, hier will er sich niederlassen, ja, hier sich niederlassen, das will er. Noch zwei weitere Tage streift er in der Gegend umher, kehrt aber am Abend immer wieder zu dieser Gasse zurück. Des Nachts schläft er auf einem Lager aus Tannenzweigen, er ist ganz daheim hier, er hat ja schon ein Lager unter einem Felsenvorsprung.

Das schlimmste war gewesen, den Ort zu finden, einen Ort, der niemand gehörte, der sein war; jetzt kamen die Tage der Arbeit. Er fing sofort an in den etwas weiter entfernten Wäldern Rinde von den Birken zu schälen, jetzt, während der Soff noch in den Bäumen war. Dann legte er die Rinden fest zusammen, beschwerte sie mit Steinen und ließ sie trocknen. Wenn er eine große Last heimkommen konnte, trug er sie die vielen Meilen zurück ins Dorf und verkaufte sie als Baumaterial. Und auf seine Gasse dort drüben brachte er neue Güter mit Lebensmitteln und Werkzeug heim: Mahl, Speck, einen Kochtopf, einen

Spaten; unbedrossen wanderte er den Pfad hin und her und schleppte sich ab. Ein geborener Lastträger, ein Brahmi, der durch die Wälder ging, o es war, als ließe er diesen seinen Beruf, viel zu gehen und viel zu tragen, als ob es ihm ein faules Dasein dünkte und kein Dasein für ihn, keine Last auf dem Rücken zu haben.

Eines Tages kam er dahergewandert mit seiner schweren Last auf dem Rücken und außerdem mit zwei Ziegen und einem jungen Vack an der Leine. Er war so beglückt über die Ziegen, gerade als ob es Kühe wären, und er war gut gegen sie. Der erste fremde Mensch kam vorüber, ein wandernder Lappe. Dieser erriet, daß er auf einen Mann traf, der sich da niedergelassen hatte, und sagte:

„Wirst du hier dauernd wohnen?“ — „Ja,“ antwortete der Mann. — „Wie heißt du?“ — „Jaf. Weist du keine Wagg für mich?“ — „Nein, aber ich will darüber reden, dort, wohin ich gehe.“ — „Ja, tu das?“ Sag, daß ich Haustiere habe, aber niemand, der sie besorgt.“

Jaf also, ja, auch das wollte der Mann ausrichten. Der Mann auf der Gasse war kein Flüchtling, er sagte seinen Namen. Er ein Flüchtling? Dann hätte man ihn aufgespürt. Er war nur ein unverdrossener Arbeiter, er sammelte Winterfutter für seine Ziegen, fing an Boden urbar zu machen, einen Acker unzuwehren, Steine wegzuschaffen, Steinmauern aufzurichten. Im Herbst hatte er eine Wohnung fertig, eine Erdbütte, eine Gamme; die war dicht und warm, sie trug sie in den Fugen beim Sturm, und sie konnte nicht abbrennen. Er konnte in diese Heimstätte hineingehen, die Tiere hinter sich zumachen und da drinnen bleiben, oder er konnte, wenn jemand vorbeikam, vor der Türöffnung stehen und sich als den Herrn seines Hauses zeigen. Die Gamme war in zwei Gefasse geteilt; in dem einen wohnte er selbst, in dem andern seine Tiere. Ganz innen unter dem Felten hatte er seinen Heuboden errichtet. Alles war da.

Wieder kamen ein paar Lappen vorüber, Vater und Sohn. Sie bleiben stehen, spähten sich mit beiden Händen auf ihre langen Stöcke, betrachteten die Hütte und das urborgemachte Land und hören die Ziegenlocken auf der Gasse.

„Ja, guten Tag,“ sagten sie, „hier ist ja vornehme Herrschaft eingezogen.“ Die Lappen versuchten einem immer um den Bart zu gehen.

„Ihr wißt wohl keine Wagg für mich?“ dreht Jaf, denn er hat nur das eine im Kopf.

(Fort. folgt.)

Eindbruch in den Französischen Dom. Kircheneindreher hatten es in der Nacht zum Osterdienstag auf den Französischen Dom am Gendarmenmarkt abgesehen. Sie zertrümmerten eine Fenster-scheibe, öffneten sodann einen Fensterflügel und flogen durch die Öffnung in das Gotteshaus ein, um die wertvollen Silbergeräthe des alten Domes zu stehlen. Diese verurteilten sie in einem Gelbstrahl, dessen Leuchnung sie jedoch vergeblich ver suchten. Die Eindreher hielten sie jetzt an Decken und Vorhängen schablos. Geschloffen haben sie 20 graue baumwollene feingewebte Fenstervorhänge und ein grünes Tuch. Ihre Gesamtbeute hat einen Wert von über 20000 M.

An der Mitgliederversammlung der 3. und 4. Abt. am 20. März ist ein Schirm vertauscht worden. Der richtige Schirm kann gegen den vertauschten beim Genossen Krüge, Berlin W 30, Lützowstr. 41, Hof 1, IV, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr abends abgeholt werden.

Verloren wurde am Ostermontag von einer armen Witwe in Straußberg auf dem Wege vom „Hunarien Hof“ bis Eggersdorf eine Escalona. Abzugeben gegen Belohnung oder schriftliche Meldung an Frau S. Wientz, Charlottenburg, Stuttgarter Str. 9. — Am 1. Osterfesttag wurde auf der Treptower See eine schwarzleibene Handtasche verloren. Inhalt: ein braunes Lederportemonnaie mit Geld und ein gelbes Taschentuch. Der eifrige Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei Mrs. D. Die, Berlin N, Schönhafer Straße 1, IV.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf hat ein Bureau in Berlin, Mohrenstr. 33, II errichtet. Geschäftszeit 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. — Dieses Bureau beschäftigt sich vorwiegend mit der Angelegenheit der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Internierten.

Der Verein der Volkshochschulen hält zur Vorbereitung der Volksabstimmung am Freitag 8 Uhr in der Hohenzollernschule, Veltiger Str. 48-51, Ecke Veltiger Str., und Donnerstag 8 Uhr in Berlin-Friedenau in der Oberwallstraße in der Domstraße Versammlungen ab.

Schöneberg. Die Volkshochschule haben zu einem vollen Erfolge geführt. Es konnten 21 Vorlesungskurse und 4 Vortragskurse für Deutsch und Rechnen eröffnet werden, an denen 800 Personen teilnahmen. Am 15. April sollen bei genügender Beteiligung wiederum 23 Kurse beginnen. Die Veröffentlichung des Fortschrittsberichts und der Verkaufsstellen erfolgt in den nächsten Tagen.

Vielstellige, Gemeindevertretung. Die Vorlage des Gemeindevorstandes, seine Vereinbarung mit der Streifenleitung der Gemeindegrenzen, gab der Rechtskommission, ihren Anträgen über den erfolgreichen Generalstreik zum Ausdruck zu bringen. Einer der Herren beschränkt sich sogar auf die „Zeitstellung“, daß die meisten der Streifenstreifen bestehen und daß sie es unter keiner Bedingung beschließen dürfen. Gegen die Stimmen der Rechtskommission, den Gemeindevorstand und Lehrern an dem Rittschütz wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Zur Veranlassung dieses Antrages ist deshalb eine außerordentliche Sitzung einberufen worden.

Umgestaltung der Feuerwehreinrichtungen in Neudorf. Die Stadt Neudorf nimmt gegenwärtig eine völlige Umgestaltung der gesamten Wasseranlage nach neuesten Gesichtspunkten vor. Als hauptsächlichste Neuerung ist die Möglichkeit der direkten Verbindung der Wasserleitungen mit der Feuerwehr anzupreisen (System Siemens und Halske), so daß diese über Lage, Art und Ausdehnung des gemeindevorstandes sofort unterrichtet ist und vom Depot den direkten Weg zur Brandstelle unter Umgehung des Wasserleitungsnetzes nehmen kann. Die neue Anlage soll am 1. Oktober d. J. betriebsbereit sein.

Lichtenberg. Eine Entbindungskasse ist im städtischen Krankenhaus, Spandauerstr. 4, mit 12 Betten für Mütter und 12 Betten für Säuglinge eröffnet worden. Unentgeltliche Sprechstunde und Beratung für Unbemittelte: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, 9-10 Uhr vormittags, und Mittwoch 5-6 Uhr nachmittags. — Die Privatabteilung des Krankenhauses für chirurgische, gynäkologische und innere Leiden bleibt noch bis Ende September 1920 bestehen.

Finken, Kindererziehung. Seit 10. März d. J. werden durch das hiesige Jugendamt 1000 Kinder gespeist, welche Zahl vom 6. April ab auf 2000 erhöht wird. Es handelt sich um ein Liebeswerk der Kindererziehungskommission der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika, die nach den Wünschen des amerikanischen Lebensmittelverfegers für den

Kontinent Hoover, die Verteilung von Lebensmitteln für unterernährte Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahre sowie für Schwangere und stillende Mütter, und zwar in der Form der Verabreichung einer täglichen hochwertigen Mahlzeit bemerkt. Dieser wurden zunächst nur Kinder der Gemeindefamilien berücksichtigt. Bei der Vermehrung der zu Speisenden auf 2000 werden auch Kinder der höheren Lehranstalten bedacht werden. Einzige Voraussetzung für die Zulassung zur Speisung ist ein bestimmter Grad von Unterernährung. Mit Ausnahme der Sonn- und Festtage findet die Speisung täglich statt. Von den 2000 Kindern sind 1700 Schüler und 300 solche im Alter von 2-6 Jahren. Die Auswahl der schulpflichtigen Kinder geschieht mit Unterstützung der Lehrerschaft durch den Schularzt, die der Kleinkinder durch den Fürsorgearzt der Säuglingsfürsorgestelle. Das Essen wird an bestimmten Speisestellen in den Schulen sowie in der Säuglingsfürsorgestelle und in der Volksschule (Kraustrasse) verabreicht. Zur Deckung der trotz unentgeltlicher Lieferung der hochwertigen Nahrungsmittel doch noch entstehenden erheblichen Unkosten wird ein Betrag von 25 Pf. pro Portion erhoben. In Fällen außerordentlicher Bedürftigkeit erfolgt die Abgabe unentgeltlich. Die weitere Kostendeckung wurde von der Gemeindeverwaltung in letzter Sitzung durch Bereitstellung von zunächst 25 000 M. sichergestellt.

Reinickendorf. Die Gemeindevertretung stimmte der Einführung einer Ordnung für die Bekleinerung von Kinotheatern usw. nach den Berliner Grundbesitzern zu, bezugnehmend auf eine Ordnung betreffend Erhebung einer Hundsteuer. — Infolge wiederholter Lohnrückstellungen und Steigerung der Rohmaterialienpreise wurde eine Erhöhung der Friedhofgebühren beschlossen. Ferner wurde wegen des im Laufe des Rechnungsjahres im Amortisationsetat entstandenen Defizits von 325 000 M. einstimmig beschlossen, die Amortisationsgebühren von 6 auf 9 Proz. zu erhöhen. Annahme fand ein Antrag, den Arbeitern und Angestellten die von der Stadt Berlin mit den Organisationen abgeschlossenen Tarife auch unseren Gemeindefamilien zu gewähren, mit der Maßgabe, die Kinderzulage von 20 M. auf 30 M. zu erhöhen. Ferner wurde der von dem Gemeindevorstand im Januar gestellte Vorschlag an Arbeiter und Angestellte in eine einmalige Beihilfe umgewandelt. — In die Kommission für das Kleingartenwesen wurden gewählt: Göbde, Seidel (H. S. W.), Wehring (S. R. D.), Frau Weder (Wirtin). Dieser Kommission liegen folgende Angelegenheiten ob: Auffälligkeit und Verteilung von Gelände und Vertretung der Kleingarteninteressen bei Aufstellung von Bebauungsplänen, Versorgung mit Saatgut, Düngemitteln usw., Vorbereitung der Interzessions-, Rechts- und statutarischen Fragen. Zur Vertretung der Landeskolonisten sind dieser Kommission ferner mit beratender Stimme ein Vertreter von 7 Kleingärtnern beigeordnet worden. Genosse Scharff verliest einen Antrag auf Wahl einer Kommission zur Untersuchung des Talbestandes der Beteiligung von Beamten, Angestellten und Arbeitern an dem Rapp-Lüttich-Putsch und begründet ihn sachlich und treffend. Debatte wurde ein Antrag auf Begleichung der Streifenliste für Anstellung und Arbeiter der Gemeindeverwaltung angenommen. Antrag auf Verleihung von Lehrerstellen und Beurlaubung über das Rittschützrecht der Beamten wurde vertagt bis zur Eingemeindung mit Berlin. Antrag Scharff bis zur Durchführung der Untersuchung der Beteiligung an dem Rapp-Lüttich-Putsch. Für Schulzwecke wurde noch der Ankauf eines Grundstücks an der Dahlemerstraße bewilligt.

Niedorf, Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung lagen der Gemeindevertretung 16 Bau- bzw. Wohnereulaubsgesuche vor. Die Gemeindeeinkommenerhebung wurde um 30 Proz. auf 310 Proz. erhöht. An monatlichen Steuererhöhungen wurden auf die Höhe der Schiedssprüche vom 7. Oktober 1919 und 12. Januar 1920 für jedweden Arbeiter 125 M., für verheiratete Arbeiter 140 M., für ledige Angestellte 75 M., für verheiratete Angestellte 90 M. und 20 M. für jedes Kind ab 1. Januar 1920 bewilligt.

Groß-Berliner Lebensmittel. Berlin. Die Vollmilchsorten für Rind werden für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am 9. und 10. für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am 12. und 13. für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am 14. und 15. April ausgeben. Dankschreiben, denen Karten für verschiedene Altersstufen zuzulassen, sind sämtliche Milchsorten an einem Tage auszugeben. Abgabestellen sind: 1. 1. April 1919 und 1. April 1920 geborenen Kinder zusammen mit den Milchsorten bereitgestellt.

Tempelhof. 300 g Käsefrüchte (47). Für Jugendliche: 200 g Graubrot (48 J). Für kochende und stillende Mütter: 300 g Graubrot oder Gerstentodent u. 500 g Sago. Anmeldung für 250 g Weizengrieß (10 u. 11), 250 g Feinwaren (15 u. 16), 250 g Karmelade (14).

Niedorf. 250 Gramm geschälte ausländische Bohnenfrüchte (15 c-g Kartoffelart).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 7. April:

1. Abt. 7 Uhr Verammlung der Bezirkführer und Funktionäre bei Dieberich, Brandenburger Str. 87.

22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Hiltmann, Kottbus 2. Sitzung der Bezirkführer.

23. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Hiltmann, Kottbus 2.

Lichtenberg. Elternbeiräte der S. R. D. Sitzung im Lokal von Stöber, Jungfer 29. Ref.: Gen. Lehrer Montag.

Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Hoyerland, Wilhelmstr. 28, Verammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl. 2. Das Verhalten unserer Gemeindeverwaltung während der Putschwoche. Referent: Genosse Baronowski.

Morgen, 8. April:

Abt. 1. 10-25. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre in den Puhl-Sälen, Neue Königsstr. 36.

Arbeitergemeinschaft Gesundbrunnen. 7 Uhr Sitzung der Gruppenleiter bei Haack, Weinmünder Str. 53.

Mit-Gliedern-Hallenberg. 4 1/2 Uhr Frauenabend bei Klingenberg, Grünauer Str. 29. Referent: Genosse Kopp über Revolutionen in vergangenen Jahrhunderten.

Jugendveranstaltungen.

Seite 7 1/2 Uhr:

Zentraljugendheim: Literarischer Abend. Politische Gedichte von Heine. — Charlottenburg: Diskussionsabend. Das Ernteprogramm. — Köpenick: Generalversammlung. — Friedrichshagen: Mitgliederversammlung. — Groß-Lichterfelde: Mitgliederversammlung. — Kottbus: Mitgliederversammlung. — Lichtenberg: Vortragabend. — Mariendorf: Mitgliederversammlung. — Rosenthal: Mitgliederversammlung. — Rosenthaler Vorstadt: Mitgliederversammlung. — Südk.: Mitgliederversammlung. — Tempelhof: Mitgliederversammlung. — Westk.: Mitgliederversammlung. — Wilmersdorf: Hauptversammlung. — Wedding: Vorstandssitzung der Kameradschaft. Vortragsabend. — Morgen: Mitgliederversammlung bei Kluge, Ullricher Str. 24.

Aus aller Welt.

Neigkeiten von morgen. Der Herr zu Falkenstein, Plauen und Vogtland, Max Hölzl der Dritte, hat Frankreich er sucht, sein Herrschaftsgebiet in die neutrale Zone einzugliedern. — Fürschall Koch und General Depout sollen zur Ehrengeleiten der Freikorps Schenkung aus Kassenknapp im Ruhrgebiet ernannt werden. — Da nach Feststellung der internationalen Kontrollkommission Nr. 332 in Deutschland jeder Schulklasse ein Wachstumsmeter mitzuteilen, die Klassenlehrer schwere Wachstumsmeter, die Grammatiken an den Hochschulen je nach dem Prüfungserfolg einen wertvollen Bestandteil der Schulbibliothek, und schwere Bücher, alles gesammelt und als kostloser Hausfundus verwendbar, da ferner die Klassenlehrer der deutschen Säuglinge auch als Hauptgrammatik eingerechnet sind müssen zur Abwendung dieser Bedrohung des Weltfriedens auch an der C I S e französische Leidenlöse erachtet werden. Das Land zwischen Elbe und Oder wird französisch-neutral, das Land zwischen Oder und Weichsel für polnisch-neutral erklärt. Es dürfen sich darin nur rote Truppen und sozialistische Besetzungen befinden.

Briefkasten der Redaktion.

Reden Sie den Briefkasten bestimmten Autoren Ihre man einen Nachhaken und eine Nummer bei. Beständige Aufsätze werden nicht erbeten. Eilige Anfragen tragen man in der Briefkasten Vorhande. Einreichung 3. 1. auf postere links. vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

H. 17. Schreiben zur beschleunigten Erledigung direkt von und an Justizminister weitergeleitet. — **H. 18.** Bedenken Sie sich an das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer, Köpenicker Str. 94. — **H. 19.** Fragen Sie beim Landwirtschaftsministerium an. — **Martin C. 19.** Ihre Annahme ist richtig; die Zentralliste hat nur die politische Bedeutung von aus Amerika eingegangenen, an bestimmte Personen gerichteten Briefen übernommen. Wenn also kein Angehöriger von Ihnen etwas an Sie schreibt, dürfen Sie nicht darauf rechnen. — **H. W. 100.** Nach persönlicher Erfahrung zu empfehlen. — **H. W. 100.** Nach persönlicher Erfahrung zu empfehlen. — **H. W. 100.** Nach persönlicher Erfahrung zu empfehlen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Donnerstag mittig. Zeitweise heiter und morgens ziemlich kühl. Nachts etwas wärmer ohne wesentliche Niederschläge bei schwachen nordwestlichen Winden.

Verband der Lithographen und Stein-drucker
Donnerstag, den 8. April, abends 7-9 Uhr, im „Berliner Clubhaus“, Oshstr. 2:
Gemeinsame Mitglieder-Versammlung
der Sektionen: Lithographen u. Stein-drucker, Lithodrucker, Kupferdrucker und Formstecher.
Tagesordnung:
Abstimmung über die vom Verbandsvorstand beantragte Beitragsreduzierung. 134/12
Mitglieder zur Registrierung für mitzubringen.
Für Lithographen und Photographen finden die Versammlungen besonders gut. Die Vorstände.

MÖBEL
Herrn-, Speise-, Schlafzimmerschöne Küchen, einzelne Möbel
Teilzahl, gestallt. Liefere auch auswärts
Gehauene Möbel können kostenlos lagern.

Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141
5 Min. v. Schles. Bahn.
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße
5 Min. v. Sietziner Bahn.
Kriegsanz. nehme mit 85% in Zahlung.

Möbel
zum Großhandel direkt an Fabrikanten. — Kisten- aus-möbel.
Schloß. 1688-1675 M.
Speises. 1718-1745 M.
Herrens. 1750-1785 M.
Wohnz. 875-8890 M.
Bücher. 545-2885 M.
Lieferung frei, Lagerung lohnlos. 10% Kassa
Möbel-Haus Rejowski
Berlin, Dönh. 66

Fett-Seringe
Reine, hochwertige, weißlich, ca. 60-70 Grad, 96,95 M.
Rollmütze, H. geteilt
Leitungsware, ca. 60 Grad 44,50 M., verpackt in 100 Stücken je nach Bedarf.
Kuch. Engros in großen Mengen.
Seringshaus Hansa
Berlin E 25, Dierichstr. 48.

Ihr neuer Anzug
Preisensgünstig, Extra-Anfertigung, von 1000 M. in Folge besonders günstiger Stoffeinstände unserer Engrosabteilung. Weltberühmte Qualität. Preisangabe 250-425 M. Auch Stoffverkauf!
Artur Ras,
Koppenitzer Bahnh. gegenüber. Sietzingerstraße (Königsplatz) gegenüber des Beamtens-Bau- und des Berliner Haupt-Bau- u. Holz-Materialgeschäftes. 1892. Norm. hochwertige Bekleidung.

Kaninfelle,
Geflügel-, Hagen-, u. Kaffee-, Bismarck- u. andere Kaninfelle. Tagespreise jedes Quantums.
Robert Schmidt, Kottbus 77.
Berlin, Kottbus 77.

Blei! Zinn! Weißmetall!
alle Legierungen, Kupfer, Messing, Aluminium, Nickel, Rotgull etc., Quecksilber, Platin, Silber, Gold, u. Silberbruch, Zahngebisse etc. zu höchsten Tagespreisen kauft
Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstr. 31 (Alex. 4243)

Zigaretten
Der deutsche preisw. Fabrikate, Zigaretten, Zigarren, beste Bezugsmenge (1.000) zu L. Manheimer, Berlin, Berzmannstr. 11a (Krauzberg)

Altmittel
Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den höchsten Tagespreisen
Seilfasserie Niemann, Stallackerstr. 85, Hof, Keller, a. Moritzpl. Aus Hausnummer achten!

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schleibing
Berlin W 9, Linkstr. 16, Tel. Lützow 3768 und 8513

Ueber 1000 Atteste
bestät. d. heil. Wirke. von San. Rat Haussalbe
hat Hautausschlag, Pflaucht, Hautjuck., des. Belnschad., Krampfadern oder Frauen und sonst Originaldosen 0,25, 12,- versendet
„Elektro-Antheke“
Berlin 204 SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)

Trotz Preissturz zahl:
Kupfer 12.00
Rotgull 10.00
Messing 7.50
Blei 4.50
Zinn 3.50
Schräger, Simeonstr. 23
Keine Täuschung des Publikums.

Altmetalle, Lumpen, Papier, Eisen
kauft für die höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn,
Berlin O 26, Nauynstraße 35, an der Uranienbrücke Moritzpl. 4509.

Edelmetalle
und Kinnmetalle, Kupfer, Messing, Zinn, Silber, Gold, kauft höchsten Tagespreisen
Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbus 66 (Sietzingerstr.) Mpl. 138 80.

Gamaschen-Kenner
tragen Marke [22]78
„Peitsche“
innen eingestampelt
Peltshengamaschen.

Kupfer
Messing, Nickel, Aluminium, Zinn, Quecksilber, Blei zu höchsten Tagespreisen
Metall-Ankaufsstelle,
Lothringers-Str. 89/93, Lad. Leutnanten erbeten.

Bettläszen.
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben.
Ausk. umsonst. Aeltest. u. bestbewährte ues. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München B 387, Kapuzinerstr. 9

Erfinder
betreiben sich zur Annäherung und Verfertigung ihrer Erfindungen. Ferner eines Patentkommissionärs und Ausk. umsonst. Aeltest. u. bestbewährte ues. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München B 387, Kapuzinerstr. 9

Raucher dank!
ges. geschn. er mögl. in einzig. Tag das Rauch ganz od. teilw. z. unterlassen. Amti begutachtet. Wirkung verbißt. Vollständ. un-schäd. Tät. Anerken. Ausk. ums. Institut Englbrecht. München R. 6, Kapuzinerstr. 9

Wenn Sie **Rheumatismus, Gicht,** gichtart. Beschwerden, Ischias, Nervenschmerz, alle umsonst oder ohne gegen dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich meine ausführliche bezeichnende Broschüre kostenlos portofrei senden. Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 303, Am Karlsbad 33c. Sprechzeit 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. 154/15

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117
an der Lützowstraße
Sprechst. 12-2, 1/2 6-1/2, 10 Uhr abds. Sonnt. 10-11 Uhr
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im versch. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Blasen-, Unterleibsleiden, nervöse Schwäche, speziell verarbeitete Fälle, Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchungen, Separat- Innenzimmer.
Erste und Älteste Heil-Anstalt Löser, 100
Dir. Löser senior, Dr. Skotti, Spezial-Arzt
Nur Rosenthaler Str. 69-70 am Rosenthaler Platz
9-1, 4-8, Sonnt. 10-11

Zähne 4 M. Teilzahlung. 18 M. Plomben
v. 13. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlos. Umab-schreiben. Geübte. Rep. Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 53. Hochb. Sprechz. 9-7.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Musikinstrumente, für jedes Hausmann passend.
Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
3ah. - Gontenber,
Leipziger Str. 115 116.
Gr. Frankfurter Str. 100.

Metalle
Kupfer, Rotgull, Blei, Messing, Zinn, Eisen, Kinnmetalle usw. kauft zu höchsten Tagespreisen.
Zudemann, Elisenstr. 9, am H. Rarden 466.

Für Kupfer, Messing, Blei, Zinn usw.
zahlt die höchsten Preise
Metallhandlung Eisenbahnstr. 36 B
Einkaufsgeschäft für größere Metallgesellschaften

Land besetzt und den Kapitulantenmajor Schulz mit einem Kommando gegen Rülheim betraut, nachdem die Arbeiter sein Zerklopp fernerzeit gesprängt hatten. . . .

Die Waffenabgabe in den besetzten Orten fortschreit fort. In Nierstein wurde der Volksgewalt abgelehnt und ein Ordnungsausschuss aus den Koalitionsparteien und den Unabhängigen gebildet. Vorläufig versehen noch 80 Arbeiter den Sicherheitsdienst. Eine Wehr auf paritätischer Grundlage wird vorbereitet.

In Dortmund sind begrifflicherweise vor dem Reichswahneinmarsch der Volksgewalt und der Arbeiterzeit verschwunden. In Essen ging die Arbeiterwehr scharf gegen die Plünderer vor; der Eisenbahnerstreik ist beendet. In Duisburg gab es angeblich Kämpfe, es wurden aber nur Zivilisten getötet. Mülheim, Wesseln, Bochum und Essen sind besetzt. Bei Strupp und in den Bergwerken wird gearbeitet. BDA behauptet, daß die roten Truppen nach Karmen gezogen sind. Offenbar will man es auch beißen. Andererseits wird gemeldet, daß zahlreiche Rotgardisten in die (besetzte) Solinger Gegend kommen und dort von den Engländern entlassen werden.

Bei Bönen unweit Dortmund wurde am Sonnabend ein Reichswahneinmarsch abgelehnt, der Führer konnte sich retten. Dortmunder Banditen erschreckten die Unterschicht eines Magistratsmittels und hoben von der Reichsbank 200 000 M. ab. 750 000 M. hatten sie vorher schon gestohlt und 300 000 M. gestohlen.

Die vorkommende Gewalt ist wieder in den Händen der rechtmäßigen Behörden, die Aktionsausschüsse beschränken sich auf die ihnen im Pöbelkampf abzunehmenden Überwachungsarbeiten.

In der „Freiheit“ hat der Sopener Unabhängige Ernst die Möglichkeit der Volkswahl, daß auch er den Reichswahneinmarsch verlangt habe, nachdrücklich bestritten.

Dutschnachwehen.

Die Brigade Ehrhardt, deren Transport mit Waffen nach Lodsch die Hamburger Eisenbahner abgelehnt haben, soll jetzt nach dem Munsterlager kommen, ebenso die Truppe Loewenfeld, die in Lodsch haust.

Gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen kommunistischen Herrn des Voglandes Hölz in Hohenstein-Plauen will die Dresdener Regierung Reichswahneinmarsch marschieren lassen.

Nach den Enthaltungen der „Münchener Post“ war dort der Oberputsch ein Dr. Kiefer, Vertrauensmann des Hauptmanns Köst; auch Dr. Heim soll hineingerwickelt sein.

Die gemahngewordenen Berliner Sicher heitskämpfer sind wieder eingestell. 14 höhere „Güne“ wegen Hauptmannschaft entlassen oder entlassen. Eine Konferenz von Weimarer und Götter Persönlichkeiten beim Reichswahneinmarsch soll Klarheit über die Vorgänge beim Bundesjägerkorps bringen. Die Putschereignisse beim Pionierbataillon 15 sollen durch eine unparteiische Kommission untersucht werden, der auch Pioniere dieses Bataillons und ein Parlamentarier angehören.

Die Bewegung für die rheinische Republik scheint sich zu verhalten, die Haltung des rheinischen Zentrums nicht ganz klar zu sein.

Die Wasserwerke in Bremen schließen den Betrieb und entlassen sämtliche Arbeiter infolge von Unruhen.

Der Konflikt in Wilhelmshaven.

In unserer Mitteilung in der Montag-Morgenausgabe, nach der die der Beteiligung am Kapp-Putsch verdächtige Seeoffiziere aus der Haft entlassen worden seien, wird uns aus dem Reichswahneinmarsch mitgeteilt, daß die Entlassung nicht auf Grund eines Befehls des Reichswahneinmarschs erfolgt sei. Vielmehr legten die Offiziere über die Schutzhäft beim Reichsmilitärgericht Beschwerde ein, die von dem Reichsmilitärgericht für berechtigt anerkannt wurde, worauf die Entlassung der Offiziere nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgen mußte.

An der Tatsache selbst, von der wir Mitteilung gemacht hatten, wird durch diesen Bericht nichts geändert: Die Gekerkerten sind aus der Haft entlassen worden! Wenn dies auf Grund einer Verurteilung des immer noch bestehenden Militärgerichts erfolgen konnte, so spricht dieser Umstand nicht für die Offiziere sondern gegen das Militärgericht.

Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist demzufolge auch die Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putsches von Zivilgerichten abgewiesen werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seeoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgearbeitet werden.

Offentlich werden diese Bemühungen nicht auch durch irgendwelche juristischen Schwundigkeiten vereitelt!

Berlin 6. April. (BZ.) Es entspricht nicht den Tatsachen, daß der Reichswahneinmarsch Dr. Götter den Befehl an die Marine, Wilhelmshaven zu verlassen, die dort wegen ihrer Haltung während des Kapp-Lüttich-Putsches verhafteten Offiziere freizulassen. Vielmehr hatten diese in Schutzhäft befindlichen Offiziere von dem Reichsmilitärgericht Gebrauch gemacht und Beschwerde beim Reichsmilitärgericht eingelegt. Das Reichsmilitärgericht hat die Beschwerde für berechtigt anerkannt. Daraufhin mußten auf Grund des Gesetzes die Offiziere aus der Haft entlassen werden. Der Reichswahneinmarsch hat lediglich diese Entscheidung des Reichsmilitärgerichts an die Marinestation Wilhelmshaven weitergegeben. Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist, demzufolge auch die Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putsches von Zivilgerichten abgewiesen werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß die Zivilgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seeoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufklären.

Im Vorspann der Reaktion.

Ein politisierender Reichswahneinmarsch.

Die Reichswahneinmarsch soll bekanntlich unpolitisch sein. Nichtsdestoweniger beweist die Art und Weise, wie gewisse Offiziere sich betätigen, daß sie offen dieses Erfordernis verhöhnen. Einer der schärfsten Reaktionen, der seine Stellung als Major zu Werbedienstleistungen für die Deutsche nationale Volkspartei mißbrauchte, ist ein Major Starke, der als stellvertretender Chef des inzwischen aufgelösten Generalstabs des V. Armeekorps in Glogau vor einigen Wochen im Korps-Verordnungsblatt folgendes veröffentlichte:

Es werden sehr häufig unter günstigen Bedingungen Parteisekretäre für die Deutsche nationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei gesucht. Diese Stellen sind für in der Rede „schlagfertige“, politisch interessierte Offiziere durchaus geeignet. Meldungen für solche Stellen liegen leider bisher überhaupt nicht vor. Herren, die sich dafür geeignet halten und bereit sind, eine derartige Stellung anzunehmen, werden gebeten, dies mitzuteilen.

Für den Chef des Stabes: Starke, Major.

Dieser Freund „schlagfertiger“ Offiziere gab während des Kapp-Putsches in Frankfurt a. D. seine Gastrolle und befindet sich zurzeit bei der Reichswahneinmarschsstelle in Frankfurt a. D. Offenbar soll er Gelegenheit erhalten, von dort aus als Offizier in der Reichswahneinmarsch der deutschen Republik den Werbedienst für die Deutschen nationalen besonders erfolgreich zu gestalten. Wäre es nicht richtiger, wenn er selbst seine militärische Tätigkeit niederlegte und sich offen in den Dienst der monarchistischen Parteien einstellte? Uns wenigstens dünkt dieses unehrliche Doppelspiel höchst widerwärtig und verwerflich.

Holland in Not.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Legien sollte als Mitglied des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer Vorstandssitzung am 18. d. M. nach Amsterdam kommen. Dem von der deutschen Regierung bereitwillig ausgesetzten Paß wurde von der holländischen Gesandtschaft das Visum für die Einreise verweigert. Genosse Legien hat daraufhin an den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen Ludageest folgendes Telegramm geschickt:

Holländische Gesandtschaft hat mit Paßvisum verweigert. Bitte hierher kommen. Einfaht nach Deutschland frei.

Die holländische Regierung wird für diese Paßverweigerung von unseren Genossen in den Generalstaaten sicherlich gründlich zur Rechenschaft gezogen werden. Sollte sie Legien mit Lenin verwechselt haben?

Prof. Nicolai gegen das Senatsgutachten.

Professor Nicolai sendet uns folgendes zur Veröffentlichung: Auf das mich betreffende Senatsgutachten komme ich ausführlich zurück, wenn mir der authentische Text vorliegt, den ich vorläufig nur aus Nr. 127 des „Berliner Tageblatt“ kenne. Dazu habe ich nur zu erklären, daß sämtliche darin aufgestellten angeblichen „Feststellungen“ glatte Unwahrheiten und — da der Senat die Akten kannte — mitihin bewusste Verleumdungen sind.

1. Ich habe nicht „aus sicherem Port den Feinden vergiftete Waffen geliefert“, vielmehr ist meine „Biologie des Krieges“ erschienen während ich in Deutschland in der Gewalt der Militärbehörden war. Erst zwei Jahre später ging ich nach Dänemark.

2. Ich habe nie auch nur einem einzigen Soldaten des Lazarets empfohlen, Kriegsdienst und Eid zu verweigern.

3. Ich habe nie auch nur im entferntesten „mit den Feinden gemeinsame Sache gemacht“.

Andere „Feststellungen“ sind nicht gemacht — alles andere sind politische Urteile. Wegen dieser Verleumdungen werde ich Straf antrag stellen.

4. Ich habe mich dem Urteil nicht unterworfen, vielmehr habe ich schriftlich in aller Form gegen das Verfahren protestiert.

5. Zur Vorgeschichte bemerke ich: Der Rektor hat mich zuerst sehr kühl empfangen. Dann ließ er mir sagen, er habe seine Meinung geändert. Bei neuerlicher Zusammenkunft sprach er mir sein Bedauern über sein Benehmen aus (er streifte mir beide Hände entgegen und nannte mich „lieber Kollege“), weil er „aus den Akten gesehen, ich hätte anständig gehandelt und sei insonderheit ja gar kein Defekt“. Darum sei er nunmehr bereit, mich zu schützen und zu verteidigen. Diesen Schutz habe ich akzeptiert. Später, im Verlauf einer sehr liebenswürdig geführten Unterhaltung machte er mich darauf aufmerksam, daß es aus formalen Gründen, um dem Verfahren einen Rechtsboden zu geben, notwendig sei, daß ich das Urteil des Senats von vornherein anerkenne. Auf meinen Einwand, ich könne doch unmöglich auf die Entscheidung des allein zuständigen, mir zweifellos gütig gestimmten Ministeriums verzichten zugunsten eines Urteils von Ränkern, die sämtlich, wie ich wohl wisse, meine Feinde seien. Er aber meinte, es sei ja nur eine Formsache, auf politische Meinungsverschiedenheiten werde man in keiner Weise eingehen, und außerdem müsse es mir doch angenehmer sein, von meinen Kollegen freigesprochen zu werden. Nachdem ich das Protokoll unterschrieben, war der Herr Rektor wie aufgetaucht und hat mich wie wieder „lieber Kollege“ genannt.

Da das endgültige Urteil, das ganz anders ausgefallen ist, als er es mir für seine Person versprochen, ein stimmig, also auch vom Rektor, gefaßt ist, erweist sich die Handlungsweise des Herrn Ed. Weher als eine solche, die mit der eines „Agent provocateur“ auf eine Stufe zu stellen ist.

Prof. G. N. Nicolai.

Die Gewerkschaften und die Preussische Regierung.

Aus der preussischen Landesversammlung wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ bringt eine Rundgebung der Gewerkschaften. Diese Rundgebung entspricht nicht den Tatsachen und gibt über die Entschuldigungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein falsches Bild.

Zunächst ist festzustellen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion und das Zentrum bedingungslos auf die Forderungen der Gewerkschaften verpflichtet haben. Die demokratische Fraktion hat die Erklärung abgegeben, daß sie diese Forderungen, soweit sie für Preußen in Betracht kommen, annehme. Mit dieser Feststellung verstimmt er erst einmal die Behauptung, die Ablehnung der Vor schläge Strüger und Gräf sei „ein Entschuldigungsakt an die parlamentarischen Kreise, die der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung abweichend gegenüberstehen“. Das Programm der Gewerkschaften beruht also die Ablehnung der Genossen Strüger und Gräf als Ministerpräsidenten in keiner Weise.

Der Genosse Strüger war weder als Ministerpräsident noch als Minister des Innern durchgesehen. Die beiden Parteien Zentrum und Demokratien erklärten diese Kandidatur als ganz unmöglich. Hierbei spielte die angeblich scharfe Tonart des Genossen Strüger gar keine Rolle, sie ist in den Verhandlungen überhaupt nicht erwähnt worden. Die beiden Parteien lehnten Strüger ab, weil er bei seinem Alter von 33 Jahren sich nicht durchzusetzen vermöge. Ihm fehlten eine langjährige parlamentarische Erfahrung und die Kenntnisse der preussischen Staatsverwaltung.

Beim Festhalten an Strüger wäre die Koalition in die Brüche gegangen. Nachdem aber im Reich an der Koalition festgehalten worden ist, wäre ein rein sozialistisches Ministerium in Preußen eine Unmöglichkeit gewesen. Infolgedessen mußten wir auf diesen Widerspruch der beiden Parteien Strüger fallen lassen.

Der Genosse Gräf ist von beiden Parteien ausdrücklich angenommen worden. Sein angebliches Faltenlassen ist also kein Entgegenkommen an gewerkschaftsfeindliche Kreise. Die Gründe für das Aufheben der Kandidatur Gräf sind vielmehr folgende: Die beiden Koalitionsparteien haben ebensoviel Mitglieder wie die sozialdemokratische Partei. Sie verlangten die Wiederherstellung der Parität, die bei Organisation des Ministeriums im vorigen Jahre angenommen war. Dieser Anspruch konnte nun und nicht abgelehnt werden. Das Verhältniß 5 sozialdemokratische und 4 bürgerliche Minister ist nur dadurch herbeigeführt worden, daß der Kriegs-

minister ausgeschlossen ist. Man einigte sich auf den früheren Minister des Innern Dr. v. a. Dieser wurde aber von unserer Fraktion einstimmig abgelehnt. Wir machten den Vorschlag, als fünften Minister einen Zentrumsarbeiter als Minister ohne Portefeuille zu ernennen. Hierüber ließ sich aber eine Einigung nicht erzielen. Minister ohne Portefeuille wollte man in Preußen nicht schaffen. Darauf haben wir selbst die von einem Mitgliede des Gewerkschaftsbundes empfohlene Lösung angenommen, auf den Ministerpräsidenten verzichtet und beantragt, den Genossen Braun mit dem Paßvisum zu betrauen. Darauf sind beide Parteien eingegangen. Es ist also keiner der beiden Genossen den Akten geopfert worden, die den mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen abweichend gegenüberstehen.

Ausländisches.

Der Korrespondent der „Associated Press“ in Wladivostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigen schweren Kämpfen in Wladivostok eingedrungen. Die ersten deutschen Gefangenen aus Sibirien sind auf der Heimfahrt.

In Wien wurde ein Ungar verhaftet, der in der Krankenanstalt ein Nachverpacket mit vergiftetem Inhalt für Bela Kahun abgegeben hatte.

Der Kongreß der belgischen Sozialdemokratie sprach sich für den Eintritt in die Regierung und für die Teilnahme am Genfer Kongreß der zweiten Internationale aus.

Gegen den vertragswidrigen Hinauswurf der deutschen Beamten in den jetzt polnisch gewordenen Gebieten ist schärfster Einspruch erhoben und dem Unterstaatssekretär Seyda in Posen eine Aussprache darüber angeboten worden.

Die Sowjetregierung hat den litauischen Vorschlag auf Einleitung von Friedensverhandlungen angenommen. Sie sollen am 15. April in Moskau beginnen. Litauen verlangt aber schon vorher die bedingungslose Anerkennung seiner Unabhängigkeit.

100 Polizeistationen in Irland sind bisher zerstört. Vor der britischen Volkshost in Washington demonstrieren am Karfreitag laufende irische Frauen. Die amerikanische Regierung hat sich bei dem Volkshost entschuldigt.

Dänemarks neue Regierung.

Vorstellung im Parlament.

Kopenhagen, 6. April. Die neue Regierung Friis stellte sich heute den beiden Kammern des Reichstags vor. Der Ministerpräsident hielt eine kurze Ansprache, in der er erklärte, daß keines der Mitglieder des Ministeriums sich an der Bildung desselben beteiligt hätte, wenn nicht alle Parteien zugestimmt hätten, mit ihm zu arbeiten. Er sprach weiter den Wunsch aus, daß die Neuwahlen in kürzester Zeit stattfinden, damit ein Ministerium, das sich auf die Weisheit des Volksting gründet, in Uebereinstimmung mit dem unbedingten Wunsche des Königs (!), die Führung der Regierung übernehmen könne. Das Ministerium habe keine politischen Ziele. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Trotz der Aufhebung des Generalstreiks gehen die Bäder, die Seeleute, die Geister und die Werftarbeiter den Streik fort.

Kopenhagen, 6. April. Die Lösung der Krise ist ein vollständiger Sieg der organisierten Arbeiterkraft. Alle ihre Forderungen sind angenommen, darunter die nach Aufhebung der Absperrung der Ausfuhr, die Sicherung einer Teuerungszulage für Arbeiter sowie die Einführung von Betriebsräten und die Amnestie für alle politischen Vergehen.

Die Neuwahlen für den Folkething sind für den 22. April festgesetzt.

Das neue Kabinett stellte sich am Dienstag dem Reichstag vor und wurde von allen Parteien sympathisch begrüßt.

Italien tut moralisch mit.

Mailand, 6. April. (BZ.) „Corriere della sera“ schreibt zu den Diskussionen über die Ereignisse in Deutschland, die im italienischen Ministerrat stattfanden, daß Italien Frankreich seine diplomatische Unterstützung gewähren werde, wenn Frankreich beschliesse, militärisch vorzugehen. Eine Beteiligung italienischer Truppen an der Besetzung deutscher Städte werde als überflüssig betrachtet.

Belgien einverstanden.

Brüssel, 6. April. Genab-Renter glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung beschlossen habe, ihre Haltung angesichts des deutschen Vormarsches in die neutrale Zone der Haltung ihrer Verbündeten anzupassen.

Fiume und Konstantinopel.

Das Bureau für auswärtige Verbindungen des italienischen Kommandos in Fiume hat dem bevollmächtigten Minister des osmanischen Reiches in Varna einen Brief zukommen lassen, in dem es heißt:

Das Kommando der Stadt Fiume hat mit tiefer Empörung die Nachricht von der Besetzung Konstantinopels durch die alliierten Truppen erhalten. Dieser gewaltsame Schritt, welcher in hoher Weise das Herz des Islams trifft, beleidigt auch die Gefühle der Gerechtigkeit und der menschlichen Würde, welche die Fiumaner und die Soldaten in einem unablässigen Kampf gegen die ungerechten Entscheidungen der Pariser Konferenz vereint.

Das britische Reich, das geführte Reich, welches, nachdem es zwanzig muslimanische Völker gemordet hat, heute von Konstantinopel Besitz ergreifen will unter dem Vorwand, die griechische und armenische Bevölkerung zu schützen, hatte vor einigen Monaten versucht, sich Fiume zu bemächtigen.

Die Soldaten des Kommandanten Annunzio verjagten die englischen Polizisten, welche, bereit zur Landung, die geplante Stadt belagerten.

Den beständigen Einsprüchen, die sich in Karaköy, in Indien, in Ägypten und in Afghanistan erhoben, will die italienische Stadt Fiume keinen Einspruch hinzufügen.

Nette Ordnungshäuser. Wir erhalten folgende Zuschrift: Etwas verspätet kommt mir die in der Nr. 173 des „Vorwärts“ enthaltene Notiz „Actie Ordnungshäuser“ zu Gesicht, in welcher Bezug genommen wird auf die in Kaulsdorf festgesetzte militärische Aktion, deren Ausführung der im höchsten Grade einseitig gemachten in Weston nationaler Artillerie zugeschrieben wird. Das ist ein Irrtum. Die Anwendung der Beschlagnahme der Waffen ging von der zu gleicher Zeit in Kaulsdorf eingedrungenen 8. Kompanie des Reichswahneinmarsch-Regiments 9 aus. Beide Truppenteile sollen keine Verbindung miteinander gehabt haben. Die Artillerie hatte sich lediglich auf Quartiernehmen beschränkt. Gegen das Vorgehen der Schützen ist Beschwerde beim Reichswahneinmarsch erhoben und muß das Resultat derselben abgewartet werden.

Ein böser Schwindel ist die Nachricht, daß Genosse Gustav Kahlie sich dem amerikanischen Pöbelherrscher Hearst als Sozialarbeiter verpflanzet habe. Bedauerlicherweise ist die „Freiheit“ darauf hineingefallen und hat noch Glossen daran gefügt.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Heimstättenbewegung.

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkschafter — Einzel-Gewerkschaften —, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher? Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Rentenpresse ging schneeller. Mehr Geldzeichen kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit — wieder Lohnsenkungen — wieder Steigen der Preise! Inzwischen, Brüderkämpfe! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Vereinerung des Bodens zu einem solchen Rechte, das ihn, die Quelle allen Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wunders und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten! Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Ring von Gärten umgeben sein!

Nun kurzzeitig nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit feierten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dulden wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenpekulation hat unser Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigen, vor Wucherhänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volksgewalt hat Aussicht bestehen zu bleiben, die sich sofort zur rettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Vereinerung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättenrecht!

Kein Heimstättenrecht aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln und nicht hat, eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamtes.

Boden darf nur eine Stätte der Arbeit und niemals eine Quelle arbeitslosen Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Landbesitzer als Pachtland hat, der soll ein Vorkaufrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswohl über Spekulantenvohl! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Achtung! Zimmerleute!

Da bei der Firma Siemens & Halske, Straße Nord-Südbahn, nach dem Generalfreie die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Vaulleitung nicht ohne Weiteres vorgenommen werden sollte, ist hiermit die Sperre über die Vaulstraße Nord-Südbahn der Firma Siemens & Halske verhängt.

Zentralverband der Zimmerer. Jahrestelle Berlin und Umgegend.



Was jede Dame wünscht

ist modern und elegant zu sein. In gediegener Eleganz gebildet heute für den Gebrauch auf der Straße, in Geschäften, im Theater usw. eine schöne Lorgnette statt des Aneifers oder der Brille.

Die neuen Rubin-Lorgnetten sind von so ansprechender, vornehmer Ausführung, daß jede Dame sich immer von neuem darüber freut, weil die Rubin-Lorgnette ihr Gelegenheit gibt, ihren guten Geschmack zu zeigen und bei der Handhabung weibliche Grazie zu entfalten. Die Auswahl in aparten Formen ist reichhaltig sowohl in gediegenen Silber-, Zula- und Teledomastern, als auch besonders in den wunderschönen, goldplattierten Lorgnetten, für deren goldartiges Aussehen wir drei Jahre garantieren.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 8.50 M. an. Die Garantie währt 3 Jahre, und in dieser Zeit machen wir „alle Reparaturen unsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornbrille, Schildpatt und zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

Optiker Rubinke

- SO Oranien-Str. 44
- S Kottbuser Damm 10
- O Frankfurter Allee 14
- C Spittelmarkt
- W Alexander-Platz
- SW Delle Wilmersdorf 4
- W Friedrich-Str. 193 a
- Leipziger Str. 113
- Claf-Str. 1
- ANW Friedrich-Str. 150 a
- N Chaussee-Str. 72
- Schönhauser Allee 81
- Friedrich-Str. 166
- Jugend-Str. 164
- Jugend-Str. 117
- Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15
- Wilmersdorf: Bellin-Str. 127-128

Wirtschaft

70 Zuckerraffinerien in einer Hand.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktien-Zuckerraffinerie in Danzig beschloß den Verkauf beider Zuckerraffinerien der Gesellschaft in Danzig und Großpeteritz an den Großkaufmann Louis Haas, Roggeburg, welcher bereits 70 Zuckerraffinerien betreibt. Der größere Teil der Gesellschaft wird als Aktienunternehmen weiter betrieben.

Solange das Kapital konzentriert und vertrustet, regt sich nichts im Blätterwald des Kapitalismus, wenn aber die Sozialisten diesen Zusammenschluß ganzer Industriegebiete fordern, die gemeinwirtschaftliche Vertrustung, dann wird der Untergang der Wirtschaft als Gewißheit hingestellt.

Die Vertrustung des deutschen Films.

In der „Wärten-Beitung“ erscheint ein Alarmruf eines Vertreters eines Filmkonzerns über Vertrustung der Filmindustrie, die von einem Konkurrenzkonzern angestrebt wird. Es heißt dort:

Vor kurzem ging eine keine unheimliche Meldung durch die deutsche Tagespresse, wonach die Ufa mit einem italienischen Konzern ein Abkommen getroffen habe, das dahingehet, daß beide Firmen gemeinsam eine möglichst umfassende Vertrustung des gesamten internationalen Weltmarktes vorzunehmen wollten.

Man denke sich eine Vertrustung des Films unter italienischer und amerikanischer Führung. Die amerikanische Trust kleinerer und mittlerer Firmen an die Hand zu drücken pflegen, das konnte man an den Vorgängen in der Zigarettenindustrie kurz vor dem Krieg merken. Man kaufte auf, was aufzulösen war oder vertrieb, durch Solanderpreise den zu erdroffeln, der nicht gutwillig sein Geschäft hergab.

Ins Filmtechnische übertragen, bedeutet das das Ende aller kleinen Fabrikanten, das Ende aller kleineren und mittleren Verleibetriebe. Beim Film braucht man aber noch gar nicht einmal aufzulösen, es genügt ganz einfach, einen großen Teil der Qualitätsprodukte des deutschen, italienischen und amerikanischen Marktes in einer Hand zu vereinigen und dann einfach eine Konventionsspolitik einzuführen, die dahin geht, daß nur die Theater beliefert werden, die einzig und allein Konventionssfilm spielen.

Die nächste Stufe wäre die Einführung von festen Preisen oder etwa gar einer prozentualen Beteiligung, die wieder zur Folge hätte, daß schließlich und endlich sämtliche deutschen Lichtspieltheater unter die Kontrolle des Trusts kommen.

Ueber die „Sozialisierung“ der Filmindustrie hat die Ufa in Wolfen hat der „Vorwärts“ bereits früher referiert. Wir stimmen der Vertrustung eines deutschen Filmtrusts, der gemeinwirtschaftlich geleitet wird und der die Filmindustrie mit aufnimmt, durchaus zu, damit gleichzeitig unkontrollierten internationalen Kapitalverknüpfungen ein Riegel vorgezogen wird. Den großen „Arrangements“ ist es sehr gleichgültig, wenn sie die Industrien in die Hände spielen, die Hauptfrage ist nur, daß sie bei solchen Geschäften Millionen verdienen.

Ueberfluß und Hunger.

Folgendes Rundschreiben gelangt zu unserer Kenntnis: „Unsere verehrten Mitglieder machen wir die Mitteilung, daß unsere sämtlichen Speise- und Lagerräume derartig mit Gütern gefüllt sind, daß von heute ab weitere Mengen ohne vorherige telefonische oder schriftliche Verständigung nicht mehr aufgenommen werden können.“

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Lagerung bitten wir deshalb, bei weiterer Inanspruchnahme unserer Lager vorher mit uns zu verhandeln. Sollten dennoch Güterfrachten ohne Voranmeldung bei uns einrollen, so müssen wir nach Lage der heutigen Verhältnisse und Arbeitsverhältnisse jegliche Verantwortung ablehnen. Straßburg, den 30. März 1920.

Mit genossenschaftlichem Gruß! Straßburger Landw. Ein- und Verkaufverein e. G. m. b. H., Straßburg.

Warum werden diese Güterfrachten nicht zu erschwinglichen Preisen auf den Markt gebracht? Weil man sie zurückhält, um bei steigender Kartoffelknappheit noch höhere Preise als die jetzigen zu erzielen.

Düngemittelpreise. Die Preise für künstliche Düngemittel werden neu festgesetzt. Danach betragen die Preise bei Superphosphat für 1 Kilogrammprozent / 100 Kilogramm Phosphorsäure für Gebiete I 940 Pf., für Gebiete II 930 Pf., feiner für Gesamtkilogramm 900 Pf. und Gesamtkilogramm 800 Pf.

Parteinachrichten.

„Freies Wort“

Als Kopfbild des „Vollwille“ in Genow O. S. erscheint vom 1. April ab das „Freie Wort“, das Parteivorgan der Genossen der Freie Partei, Genow, Keutold und Hallenberg. Die dortigen Genossen hatten bisher bereits ein eigenes Blatt, das aber nur in beschränktem Format und dreimal wöchentlich erschien. Diese Zeitung konnte natürlich auf die Dauer den Anforderungen nicht entsprechen, die an ein gutes, zeitgemäß geleitetes Parteiblatt gestellt werden müssen.

Beantwort. für den redaktion. Teil: Felix Adler, Charlottenburg; für Anzeigen: E. Hilde, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Einjahrespreis 100 Pf. Vierteljahrespreis 25 Pf. Vierteljahrespreis 25 Pf.

Schöneberg: Dönhofs-Str. 21, nahe Hauptstr. Friedenau: Kottbuser Damm 10, nahe Hauptstr. Neukölln: Bergstr. 4, nahe Hauptstr. Spandau: Dönhofs-Str. 10, nahe Hauptstr.

Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15, nahe Hauptstr. Jochenstraße 2, nahe Hauptstr. Wilmersdorf: Bellin-Str. 127-128, nahe Hauptstr.